

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Bestellung durch die Austräger monatlich 4,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltete Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 114.

Donnerstag, den 19. Mai 1921.

28. Jahrgang.

Lloyd George bleibt fest.

Dr. L. Lübbed, 19. Mai.

In unserem gestrigen Leitartikel vertraten wir die Ansicht, daß England auf keinen Fall den weitgehenden französischen Plänen auf dem Kontinent freie Bahn lassen werde; daß es also in der ober-schlesischen Frage nicht nachgeben und vor allem kein polnisches fait accompli anerkennen könne. Diese englische Stellungnahme bedeutete in ihren Folgen naturgemäß nichts anderes als ein Abschwanken von Frankreichs Seite, um in das alte Fahrwasser der „splendid isolation“ zurückzusteuern. Für Frankreich wäre das ein unheimlich harter Schlag, und es wäre gleichzeitig das Ende der unnatürlichen Entente.

Die Wirkung der temperamentvollen Schwankung Lloyd Georges in seiner Stellung zur Polenfrage war deshalb ungeheuer; vor allem in Paris, dessen Presse erst in höhnisches Gezänk ausbrach, plötzlich aber, offenbar durch einen Blick des Fuchses Briand gebündelt, eine ganz neue Taktik einschlug. Sie stellte die Rede als einen ganz harmlosen und verständlichen Gefühlsausbruch des heißblütigen Wallisers gegen Korfanty hin, der nur als vorübergehendes Mißverständnis gewertet werden könne. Die gestrigen Pariser Morgenblätter schwammen in eitel Wonne über die vorübergezogene Wolke und die aufs Neue strahlende Sonne der Freundschaft zwischen Paris und London. Ein Telefongespräch zwischen Briand und Lloyd George sollte das Wunder bewirkt haben, in wenigen Minuten den Stein des Anstoßes zwischen Downing Street und dem Quai d'Orsay zu beseitigen.

Diese Schlaueit der zehnmal klugen Pariser fand aber ein Hindernis: Lloyd George. Gewiß war es diesem zunächst ganz angenehm, daß seine scharfe Unterhausrede etwas ins Harmlose umgebogen wurde; wenn sie nur ihren Zweck erfüllte, Paris und der Welt zu sagen, daß England doch nicht solange den französischen Baum begießen wolle, bis er in den Himmel gewachsen war. Daß aber die Pariser Presse sich plötzlich stellte, als ob die Rede weiter nichts gewesen sei, als ein fauz pas des manchmal nicht ganz erst zu nehmenden Mr. George, und als ob Briand nach wie vor freie Hand in Europa habe, das ging dem englischen Ministerpräsidenten doch zu weit. Er erhob deshalb noch einmal seine Stimme, diesmal nicht zu einer seiner leidenschaftlichen Ansprachen sondern zu einer genauen Präzisierung seiner Auffassung gegenüber einem Vertreter Reuters. Die Form seiner Worte ist so gewählt, daß man den dahinterstehenden Kabinettsbeschlüssen durchschimmern sieht, und daß auch Paris erkennen muß, daß das die Auffassung einer Regierung ist, deren Entschluß unwandelbar feststeht.

Wer die neue Erklärung Lloyd Georges mit der ersten vergleicht, der wird finden, daß sie in manchen Ausdrücken weniger leidenschaftlich ist, dafür aber im ganzen fester und weniger improvisiert. Und, das Wichtigste an ihr, sie stellt nur scheinbar Oberschlesien in den Mittelpunkt. Die Nebensache in ihr ist die Hauptsache; und das ist die Warnung an Frankreich, das viele, was die beiden Länder trennt, nicht zu vergessen, und dafür zu sorgen, daß das Einigende nicht gefährdet wird durch Hitzköpfigkeit und durch eigenmächtiges Herumtreten Frankreichs auf den Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Deutlich beginnen die französischen und englischen Interessen auseinanderzugehen. Nicht mehr Oberschlesien ist der Zankapfel, nicht mehr der Streit um einige Grenzverschiebungen steht im Mittelpunkt. Die hohe Politik für die nächsten Jahrzehnte macht ihre ersten zaghaften Bewegungen. Die Annahme des Ultimatums hat eine Periode des Kampfes um die Macht abgeschlossen; die zwei Neben Lloyd Georges eröffnen eine neue.

Die neue Erklärung Lloyd Georges.

London, 18. Mai. Lloyd George gab einem Vertreter des Reuterbureaus folgende Darlegung:

Ich halte voll und ganz an der Erklärung fest, die ich im Unterhause bezüglich Oberschlesiens abgegeben habe. Natürlich kann ich nur die Verantwortung für das übernehmen, was ich in Wirklichkeit sagte, und nicht für die verdrehten Berichte, wie sie die französische Presse wiedergibt. Die nahezu einmütige Zustimmung der amerikanischen, italienischen als auch der englischen Presse zu den von mir bei jener Gelegenheit ausgedrückten Gefühlen zeigt, daß die großen Völker, die im Kriege auf Seiten Frankreichs standen, den Vertrag von Versailles in fairer Weise auszulösen beabsichtigen. Ich war niemals Zeuge einer derartigen Einmütigkeit in irgend einer Frage. Alle Richtungen der öffentlichen Meinung in diesen drei Ländern nehmen denselben Standpunkt ein. Es wäre unglücklich, wenn nur die französische Presse einen anderen Standpunkt einnehmen sollte, aber wir müssen gegenüber den Meinungsverschiedenheiten unter uns duldsam sein. Ich möchte der französischen Presse mit allem Respekt sagen, daß die Gewohnheit, jeden Meinungsäußerer eines Mitterten, der nicht mit der eigenen Meinung übereinstimmt, als eine Ungehörigkeit zu behandeln, unheilvoll ist. Wenn diese Geistesverfassung andauern sollte, so wird sie

für die Entente unheilvoll

sein. Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Presse in der ober-schlesischen Frage einnahm, sollte Frankreich nicht anhängig sein. Sie stehen zum Vertrage von Versailles wollen die Bestimmungen dieses Vertrages gerecht anwenden, ob sie nun für oder gegen Deutschland ausfallen. Das Schicksal Oberschlesiens muß durch den Obersten Rat entschieden werden und nicht durch Korfanty. Es darf den Rändern des Vertrages nicht gestattet werden, ungestraft in Europa Geiseln zu verbüßen. Jemand, der jemandem eine

zigele Hand

anzulegen, andernfalls wird es ständig Schwierigkeiten geben. Der Haß der Welt im kommenden Jahre kann nicht vorausgesehen werden; die Rebel vor uns sind nicht die gewöhnlichen. Viel wird von dem Zusammenhalten der Mitterten abhängen. Außer den aus dem Vertrage sich ergebenden Verpflichtungen müssen die Ereignisse, die nicht vorausgesehen werden können, die zukünftigen Gruppierungen der Nationen bestimmen. Die Zukunft der Welt, insbesondere Europas wird durch alte oder neue Freundschaften bestimmt. Unter diesen Umständen ist der Versailler Vertrag ein Dokument von unendlicher Bedeutung und das besonders für die Nationen der Entente; es bindet uns zusammen, auch wenn es noch so

viel gibt, was uns trennt.

Diejenigen, die die Bestimmungen des Vertrages behandeln, als ob sie ein Sport für Leidenschaft und Vorurteil wären, brauchen nicht lange zu leben, um ihre Hitzköpfigkeit noch zu bebauern. Das englische Wort zeigt sich in seinem Teile seiner Verantwortlichkeit aus dem Vertrage. Die vorübergehenden Schwierigkeiten werden, wie ich das vertrauensvoll schon jetzt annehme, bald vorüber sein. Ich mache nur auf die Tatsache aufmerksam, daß wir auf der jüngsten Konferenz die Bereitwilligkeit kundgaben, die Frage der Teilung Schlesiens auf der Konferenz von London zu regeln.

Die Tatsachen der Volksabstimmung waren bekannt.

Unsere Kundesgenossen aber waren nicht bereit, mit dieser Besprechung fortzufahren. Wir werden frei zu der Entscheidung stehen, die von der Mehrheit der Mächte getroffen wird, die auf Grund des Vertrages bei der Festlegung der tatsächlichen Grenze die Stimme haben, wie auch immer der Spruch lauten möge. Wir nehmen die Volksabstimmung als den Ausdruck der Wünsche der ober-schlesischen Bevölkerung voll an. Da wir aber in den großen Krieg eintraten und für die Verteidigung des alten Vertrages, an dem auch unser Land beteiligt war, gewaltige Verluste erlitten, kann Großbritannien nicht einwilligen, da beizustehen, wo auf dem Vertrag, den seine Vertreter vor weniger als zwei Jahren unterzeichneten,

herumgetreten wird.

Die Wirkung in England.

London, 18. Mai. Die heutige Erklärung Lloyd Georges zur ober-schlesischen Frage erregt womöglich noch größeres Aufsehen als seine Rede im Unterhause und wird allgemein als eine sehr erste Warnung an Frankreichs Adresse aufgefaßt. Diese erneute formelle Festlegung auf den in der Unterhausrede eingenommenen Standpunkt gestützt die Theorie, daß jene Rede nur eine temperamentvolle Privatleistung des Premierministers gewesen sei, und beweist, daß sie eine Kabinettsentscheidung ausdrückt. Tatsächlich billigen Churchill wie Curzon Lloyd Georges Haltung vorbehaltlos. Lloyd George beabsichtigt morgen auf einem zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters gegebenen Essen erneut über Oberschlesien zu sprechen, was andeutet, daß er sich der moralischen Unterstützung der Vereinigten Staaten vergewissert hat.

Eine zweite Konferenz von Lompne.

II. London, 19. Mai. Es darf jetzt als sicher angesehen werden, daß Briand am Sonntag nach Lompne kommt, um mit Lloyd George zu konferieren. An der Beratung des Obersten Rates über die ober-schlesische Frage werden die Vereinigten Staaten, die jedoch erst einen Vertreter für den Obersten Rat ernannt haben, nicht teilnehmen. Die Regierung in Washington sieht die ober-schlesische Frage als eine rein europäische an, in die sie sich nicht einmischen will. Diese Zurückhaltung darf wohl als eine direkte Abgabe an Polen betrachtet werden, denn Polen hätte die Regierung der Vereinigten Staaten gebeten, bei den Beratungen im Obersten Rat die polnischen Interessen zu vertreten. Ein diesbezügliches Ersuchen ist zweimal nach Washington gerichtet worden, nämlich im November und Dezember vorigen Jahres, ohne daß jedoch eine Antwort auf diese Bitten erfolgt wäre.

Briands Stellung beseitigt.

II. Paris, 19. Mai. Wahrscheinlich wird es heute eine sehr lebhafte Sitzung in der Kammer geben. Lloyd Georges Erklärung haben Briands Position gestärkt. Die Debatte wird sich um die Frage drehen, ob das Ruhrgebiet automatisch besetzt werden soll, wenn Deutschland an irgendeinem Verfallstage seine Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Diejenigen, die Briand nicht vergessen können, daß er in der Frage der Ruhrbesetzung England nachgegeben hat, sollen geneigt sein, ihn zu unterstützen. Eine Niederlage des Kabinetts ist daher kaum denkbar.
(Weitere Meldungen auf der zweiten Seite.)

Die italienischen Wahlen.

Mailand, 17. Mai. Die ersten Wahlergebnisse können nach dem „Corriere della Sera“ für den Block der nationalen Parteien als befriedigend betrachtet werden, wenn auch die Katholiken und Sozialisten nicht so viel Siege zu verlieren scheinen, wie die Bestimmten voraussetzten. Bemerkenswert ist die um 5 Prozent regere Wahlbeteiligung als bei den letzten Wahlen. Geschlossen siegten die Deutschen in Südtirol und die Slawen in Trient. Es steht bereits fest, daß die Sozialisten in verschiedenen Zentren Mittel- und Norditaliens an Zahl eingebüßt haben. Auffallend ist die Überlegenheit des nationalen Blocks gegenüber den Sozialisten in Genua, Ferrara, Florenz und Perugia. In Rom erhielten die Sozialisten mehr Stimmen als erwartet wurde, sie bewahrten ihre Stimmen auch in Mailand, Venedig und Bari. Einen unvorhergesehenen Erfolg erlangten sie in Neapel, wo sie an zweiter und dritter Stelle stehen. Der frühere Ministerpräsident Salandra ist wiedergewählt. Der Kampf wurde in Südtirol zwischen den Regierungskandidaten und der bürgerlichen Opposition unter der Führung Nittis ausgefochten. Diese hatten einen ansehnlichen Erfolg in Salerno zu verzeichnen, wo sie vier Mandate erlangten. Möglicherweise wurde die Opposition Nittis dagegen in den Abruzzen.

Der nationale Block siegte ferner in Padua, Ravenna, sowie in Stadt und Provinz Florenz. In Reggio Emilia wurden wegen der Stimmenthaltung der Sozialisten nur 3850 sozialistische gegen 21.270 des nationalen Blocks und 15.850 Stimmen der Katholiken abgegeben. In Bergamo, Sondrio und mehreren Wahlkreisen Venetiens sind die Katholiken in der Mehrheit geblieben. Wäher in Mailand siegten die Sozialisten in Mantua, Pavia, Pistoja und mehreren anderen Städten.

Es dürften noch einige Tage vergehen, ehe die Ergebnisse der am Sonntag vorgenommenen Wahlen vollständig und endgültig vorliegen. Die bisher gemeldeten Zahlen sind jedoch umfänglich und eindeutig genug, um eine Beurteilung der neuen politischen Situation in Italien zu gestatten.

Was mit Sicherheit vorausgesehen war und hier oft genug vorausgesagt wurde, ist eingetroffen. Auch in Italien verliert das Proletariat durch eigene Schuld, oder vielmehr durch die Schuld seiner Führer an Boden. Einen glänzenden Aufschwung hatte die sozialistische Partei bei den Wahlen in November 1919 erlebt: 156 Sozialisten aller Schattierungen waren als Vertreter einer geeinigten Partei in Montecitorio eingezogen, und es schien, als ob gerade in Italien die Lage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gefährdet wäre. Aber durch ihre Erfolge übermütig geworden, glaubten die radikalen Führer des linken Flügels der Partei, ihre Zeit sei schon jetzt gekommen, und sie versuchten nun, nach bolschewistischem Muster die Macht zu ergreifen. Sie fühlten sich hierzu um so mehr verpflichtet, als die italienische Partei, die während des Krieges aus rein pazifistischen Gründen aus der Zweiten Internationale ausgestiegen war, inzwischen der Moskauer Internationale beigetreten war. Es folgte nun eine Zeit ununterbrochener politischer Streiks und sonstiger Aktionen, von denen die meisten mißlang. Gesteigerte radikale Phraseologie mit weiteren kampfartigen Gewaltexperimenten war die Folge dieser ersten Enttäuschungen. Und die weiteren Folgen ergaben sich sodann von selbst: Enttäuschung und Entmutigung, d. h. Zunahme der politischen Gleichgültigkeit im Lager der Arbeiterschaft, „Berrats“-Geschrei der Linksradiakalen, der eigentlichen Schuldigen an diesem Niedergang, gegen die „brennenden“, d. h. erfahrenen Führer des rechten Flügels, wie Turati und Treves, deren Ausschluß bald verlangt wurde, und schließlich die Spaltung von Liborno, bei der auch das „Zentrum“ unter Führung von Serrati ebenfalls als „konterrevolutionär“ auf Moskauer Befehl vor der kommunistischen Internationale ausgestoßen wurde. Aber die gleichzeitige, unvermeidliche und schlimmste Folge dieser blödsinnigen Taktik war, daß sich das Bürgertum zur Wehr setzte, sich zusammenschloß, die Fascisten-Verbände bildete, die sehr bald in ganz Italien das Feld beherrschten.

Von der proletarischen Revolution ist man jetzt in Italien weit mehr entfernt als vor zwei Jahren. Das ist der neueste „Erfolg“ der kommunistischen Theorie und Praxis, der nur eine Beifügung aller sonstigen in sämtlichen Ländern Europas gemachten Erfahrungen bildet.

Der Fluß des Florian Geier, den Paul Lenz als Motto seiner bekanntesten Schrift zitiert: „Die beste Sache, die edelste Sache, in Guren Händen ist sie gewest wie das Kleinod im Saßraß“, trifft die italienischen, ebenso wie die deutschen, die französischen und alle anderen Kommunisten Europas, die nur der Reaktion geholfen haben, wieder emporzukommen.

Es ist unter diesen Umständen sogar ein Wunder, daß die Sozialisten nur ein Drittel ihres Bestandes verloren haben. Zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind die Kommunisten, die bis zur Spaltung in allen Parteielangengheiten und taktischen Fragen das große Wort führten. Insofern wird die Lehre dieser Neuwahlen vielleicht doch heilsam auf die italienische Arbeiterschaft wirken und wird nun unter vernünftigerer Führung der italienische Sozialismus einen neuen Aufstieg erleben können.

Ein bedeutungsvolles Telefongespräch.

Paris, 18. Mai. Einer Londoner Havasmeldung zufolge wird eine Zusammenkunft des Obersten Rates einwachen nicht stattfinden. „Echo de Paris“ meldet, daß gestern ein Telefongespräch zwischen Lloyd George und Briand stattgefunden habe, in dem die bestehenden Mißverständnisse zum größten Teil beseitigt worden wären. Angeblich wird man sich bei der vielleicht später erfolgenden Zusammenkunft mit der brennenden Frage zu beschäftigen haben, was aus Oberschlesien werden soll. Graf Storck soll einen Plan ausgearbeitet haben, der allen Ansprüchen Rechnung trägt. Es scheint auch eine Entsendung von Truppen nach Oberschlesien in Aussicht genommen zu sein. „Chicago Tribune“ behauptet sogar, daß amerikanische Truppen dahin entsandt werden könnten.

Die Lage in Oberschlesien.

Weitere Anwerbungen durch die Entente verboten.

U. Berlin, 18. Mai. Amtlich wird gemeldet: Dem Auswärtigen Amt ist eine Note der alliierten Militärkommission zugegangen, worin darauf hingewiesen wird, daß in verschiedenen Teilen Deutschlands die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien stattfindet. Es wird gefordert, sofort Maßnahmen zu treffen, um diese Anwerbungen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages ständen, zu verhindern und die Auflösung der bereits in Schlesien gebildeten Formationen herbeizuführen. Die Kontrollkommission bittet um Mitteilung der zu diesem Zweck unternommenen Schritte.

Italienische Anerkennung der deutschen Korrektheit in Oberschlesien.

U. Rom, 19. Mai. Die italienischen Berichterstatter in Opatowitz haben in ihren Berichten die korrekte, ruhige und anständige Haltung der vergewaltigten deutschen Bevölkerung hervor und erwähnen die Dankbarkeit der Deutschen gegenüber den italienischen Soldaten.

Eine neue Drohung Korjantys.

U. Brest, 19. Mai. Korjanty veröffentlicht in der „Grenzzeitung“ ein Protokolltelegramm an Lloyd George, worin er droht, alle Häfen und Bergwerke zu vernichten. Keine Macht der Welt könne die Bevölkerung davon zurückhalten.

Vorschläge Briands wegen Oberschlesien an die deutsche Regierung.

U. Paris, 19. Mai. Briand hat den französischen Gesandten in Berlin beauftragt, die deutsche Regierung zu ersuchen, an der Wiederherstellung der normalen Zustände in Oberschlesien mitzuarbeiten, dafür zu sorgen, daß die Grenze abgeschlossen wird und zu vereiteln, daß bewaffnete Truppen oder Munition die Grenze überschreiten, ferner die Reichsbank zu veranlassen, daß die weiter benötigten Gelder für die Auszahlung der Löhne an die Arbeiter zur Verfügung gestellt werden.

Italiens Gähneforderung an Polen.

U. Rom, 18. Mai. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hat die Interalliierte Kommission die polnische Regierung aufgefordert, für die getöteten italienischen Soldaten sieben Millionen Lire zu zahlen.

Wirth greift zu.

Richtlinien für die Orgelentwaffnung.

U. Berlin, 18. Mai. Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, hat die Reichsregierung in einer Note an die bayerische Regierung Richtlinien für die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes vom 23. März gegeben und die Einreichung einer Liste der Organisationen verlangt, welche nach dem Entwaffnungsgesetz aufgelöst werden müssen. Nach diesen Anweisungen der Berliner Regierung unterliegt es keinem Zweifel, daß alle Selbstschutzzorganisationen, auch die bayerischen Einwohnerwehren, unter diejenigen Organisationen zu rechnen sind, die aufgelöst werden müssen.

Teilweiser Abzug der Besatzungstruppen im Westen.

U. Düsseldorf, 18. Mai. Nach einer Nachricht von dort ist heute vormittag der größte Teil der Besatzungstruppen von Solingen abtransportiert worden. Es handelt sich hier wohl nur um diejenigen Truppen, die als Verstärkung für den Fall eines weiteren Vormarsches herangezogen worden waren.

Die deutsche Regierung will erfüllen.

U. Paris, 19. Mai. Der deutsche Gesandte Dr. Mayer hatte gestern eine Unterredung mit Briand, die einen persönlichen Charakter trug. Dr. Mayer erneuerte die Versicherung, daß die neue deutsche Regierung fest entschlossen ist, alle Bedingungen des Ultimatum zu erfüllen.

25 000 Holzhäuser für das zerstörte Gebiet.

Berlin, 18. Mai. Die französische Regierung hat die Lieferung von 25 000 Holzhäusern für das zerstörte Gebiet angenommen.

Freie Einfuhr von Kaffee und Tee.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird dem „F. B. N.“ geschrieben:

Durch eine in der nächsten Zeit zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung wird die Einfuhr von rohem Kaffee, sowie Tee, auch Mate freigegeben. Von dem Tage des Inkrafttretens der Bekanntmachung ab bedarf es einer besonderen Einfuhrbewilligung für die Waren nicht mehr. Das Einfuhrverbot für nicht rohen Kaffee (zum Beispiel gebrannten, gerösteten, auch gemahlten Kaffee, für Kaffeepulver usw.) bleibt nach wie vor bestehen. Einfuhrbewilligungen dürfen grundsätzlich für alle Waren nicht erteilt werden.

Rückblick und Ausblick.

Die „Germania“ veröffentlicht heute morgen ein Gespräch mit einem neutralen Diplomaten, der in der Hauptstadt eines neutralen Staates tätig ist. Die Ausführungen des Diplomaten beschäftigen sich mit der durch die Annahme des Ultimatum geschaffenen Lage und enthalten gleichzeitig bei aller Wertung des bisherigen Außenministers Dr. Simons durch den Diplomaten eine scharfe Kritik an den Handlungen bzw. den Unterlassungen des zurückgetretenen Kabinetts Fehrenbach-Simons. In den interessanten Ausführungen, die zugleich manchen beherzigenswerten Wink für das neue Reichskabinett enthalten, heißt es:

Nach den Konferenzen von Boulogne und Brüssel (Juni und Juli 1920) war es schon geboten, in der Frage der Wiedergutmachung, oder sagen wir ehrlich: der Kriegsentwaffnung mit deutschen Vorschlägen an die Alliierten heranzutreten. Man konnte hierbei in erster Linie Frankreich zu befriedigen suchen oder man konnte in der Hauptsache die Politik über London führen oder endlich diesen beiden Mächten (ohne Einseitigkeit) Verlegung des Schwerpunktes der deutschen Bemühungen nach London oder Paris) im gleichen Schritt deutsche Anregungen übermitteln. Die deutsche Politik hat sich aber für keinen dieser Wege klar entschieden, sondern, jedoch ohne sichbares System, bald hier, bald da, Fühlung zu nehmen versucht, wobei in einzelnen Fällen die Absicht, die eine Macht gegen die andere auszuspielen, ziemlich greifbar gewesen sein soll.

In seinen weiteren Ausführungen bemängelt der betreffende Diplomat weniger den Inhalt der verschiedenen deutschen Angebote als die Form, in der diese Angebote dargebracht wurden. Die unzureichende Haltung des Kabinetts Fehrenbach brachte eine Verschlimmerung der Lage für Deutschland mit sich, die sich mit dem Herannahen des 1. Mai noch verschärfen mußte.

Die deutschen Vorschläge mußten den Versuch machen, möglichst die Endsumme der Pariser Vorschläge zu erreichen, im übrigen aber nach Umständen die Leistungen Deutschlands hinauszuschieben.

Jedem Kenner der diplomatischen Geschichte ist es ganz klar, daß solche Verträge nie länger als 10, höchstens 15 Jahre einigermaßen feststehen. Inzwischen kann man sie durch Politik erschüttern. Die Machtverhältnisse in Europa und der Welt werden sich ganz gewiß im Laufe der Zeit verändern, und Deutschland kann ja auch hierzu seinen Teil beitragen.

Die deutschen Vorschläge in London sind aber von ganz anderen Erwägungen ausgegangen. Sie waren offensichtlich mehr auf die Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit und den Berliner Reichstag zugeschnitten. Die Folge war die geradezu tödliche Ablehnung und schließlich das Scheitern einer Konferenz, bei der Deutschland, rein finanziell betrachtet, sehr weitgehende Vorschläge gemacht hat. Das Ergebnis war dann der Empfang des Ministers Simons auf dem Berliner Bahnhof durch eine Beifall flussende Menge. Als ich die Nachricht davon las, empfand ich sie sehr peinlich, denn es war mir ganz klar, daß Deutschland dieses händelartigen sehr teuer würde bezahlen müssen. Dann kam die Urlaubsserie des Ministers nach Lugano, also die beste Passivität. Damit hatte die gelbe Presse in Frankreich die Möglichkeit, die Leidenschaften zu erregen, die Besonnenen zurückzudrängen und den Imperialisten Gehör zu verschaffen. Die französische Großindustrie, die heute über den bedeutendsten Eisenvorrat Europas verfügt, sah schon die Möglichkeit vor sich, nach dem Saarrevier auch noch das Ruhrbecken in ihre Gewalt zu bekommen. Ueber alles, was nun folgte, brauche ich nichts mehr zu sagen.

Es ist von Interesse, aus diesen Ausführungen des auswärtigen Diplomaten zu ersehen, daß der demonstrative Empfang des Dr. Simons auf dem Potsdamer Bahnhof im Ausland genau die gleiche Beurteilung erfuhr, wie sie seinerzeit vom „Vorwärts“ vorausgesagt wurde, während die reaktionäre Presse sich an der Genugtuung wegen des Sieges des Chauvinismus über die Vernunft herauszufreute.

Die Ausführungen des neutralen Diplomaten gipfeln in dem Rat an den neuen deutschen Außenminister, „durch behutame und vorsichtige Behandlung der noch offenen Probleme, insbesondere der Entwaffnungsfrage, die Stimmung allmählich zu heben“. Es müßte in Zukunft unterbleiben, Schritte bei der Entente zu unternehmen, deren Ablehnung von vornherein sicher sei, und die also nur eine neue Demütigung Deutschlands wie eine Verschärfung des ausländischen Mißtrauens herbeiführen könnten.

Regierungsbildung und Statistik.

Einen sozusagen mathematischen Beweis dafür, daß es in Preußen ohne die Deutsche Volkspartei nicht geht, liefert Herr Hoff im „Berl. Tagesblatt“. Er rechnet aus, daß die Parteien der alten Koalition am 20. Februar 8 117 407 Stimmen erhalten haben, die anderen aber 8 226 101 Stimmen. Umständliche Berechnungen über die Stimmenverteilung in den einzelnen Provinzen sind hinzugefügt.

Uns scheint die ganze Methode verfehlt. Regierungsbildung ist kein bloßes Additionsgemischel. Die Bedanterie des Herrn Hoff liefert uns eine Karikatur des bei uns noch herrschenden Systems, das krampfhaft nach „breiten Grundlagen“ sucht und damit die Regierungsbildung bis zur Unmöglichkeit erschwert. Regierungsfähig ist jede Regierung, die sich durch ihr Programm und die in ihr vertretenen Persönlichkeiten eine solche Machtkontrolle im Parlament verschafft, daß sich keine Mehrheit findet, sie zu stürzen. Die verflochtene Reichsregierung Fehrenbach beruhte auch nicht auf einer der Mehrheit umfassenden Parteikoalition, trotzdem hat sie an parlamentarischen Schwierigkeiten nicht zu leiden gehabt und schließlich ist sie nicht über das Parlament, sondern über sich selber gestürzt. Sie konnte fast ein Jahr lang regieren und hätte noch viel länger bleiben können, wenn sie bloß ihre Geschäfte besser verstanden hätte.

Wenn man glaubt, man müsse eine Partei mit einigen Fortgeschritten bedenken, damit sie der Regierung keine Knüppel zwischen die Beine schmeiße, so ist das eine sehr niedrige Auffassung von den Aufgaben der Parteien. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß man sich zu einer Regierung, an der man nicht teilnimmt, sachlich stellen kann, und wenn sie ein Wort zu sagen hat, so ist es höchstens der, daß ihre Sachlichkeit zu wünschenswert war. Könnte deshalb die Regierung Fehrenbach fast ein Jahr amtierend, so wäre einer besseren Regierung eine entsprechend längere Amtszeit vorzuzuziehen. Also die Statistiker werden nie eine ordentliche Regierung zusammenrechnen, mit den roten Zahlen geht es nicht. Aber wenn Männer und Ideen da sind, geht es bestimmt!

Günstige Verhandlungen Lloyd Georges mit den Bergarbeitern.

U. London, 19. Mai. Die „Pall Mall Gazette“ vernimmt, daß Lloyd George erneut mit den Führern der Bergarbeiter in Verhandlungen steht. Wie verlautet, sind die vorläufigen Bedingungen bereits festgelegt.

London, 19. Mai. 16 Personen sind wegen der Unruhen der Sinfiner in London verhaftet worden.

Prinz Eitel Friedrich als Schieber verurteilt.

5000 Mark Geldstrafe.

In dem Prozeß gegen den Prinzen Eitel Friedrich von Preußen, der beschuldigt war, gegen die Verordnung der Volksbeauftragten Ebert und Haase vom 21. November 1918 verstoßen zu haben, durch die die Verbringung von Vermögenswerten ins Ausland verhindert werden sollte, wurde heute das Urteil gefällt. Prinz Eitel Friedrich hatte dem Bankhaus Kruler, Philipp & Co. in der Poststraße 370 000 Mk. in Wertpapieren und 2000 holländische Gulden übergeben, um sie nach Holland zu überweisen. Prinz Eitel Friedrich, der persönlich im Gerichtsaal erschienen war, erklärte, er habe befürchtet, daß das Privatvermögen der Mitglieder des Hohenzollernhauses beschlagnahmt werden sollte. Es sei nicht nur mit einer Konfiskation des Privatvermögens, sondern auch mit einer Beschlagnahme durch die Entente zu rechnen gewesen. Er habe sich als Familienvater verpflichtet gefühlt, einen Notgroschen für seine Frau zurückzulassen. Die Verordnung über die Steuerflucht sei ihm nicht bekannt gewesen. Er habe keine Steuerhinterziehung beabsichtigt. Prinz Eitel Friedrich wurde mit Rücksicht darauf, daß er die Tat nicht aus eigennütigen oder ehrenrührigen Motiven begangen habe, zu 5000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die Begründung des Urteils ist bezeichnend für die Unparteilichkeit der deutschen Gerichte. Wir möchten den Urteilspruch sehen, wenn ein sozialdemokratischer Führer sein Kapital ins Ausland verhöben hätte. Würde das hohe Gericht auch die ehrentuchtsvolle Verbeugung vor ihm machen, daß er die Tat „nicht aus eigennütigen oder ehrenrührigen Motiven begangen habe.“ Wer den feilen Bauch des verurteilten Eitel Friedrich je gesehen hat, der kennt die wirklichen Motive seines Schiebertums.

5000 Mk. sind zwar für einen Hohenzollern ein Tringeld, aber die Hohenzollernreihe hat mit diesem Urteil ein unheilbares Loch. Es ist damit einwandfrei festgestellt, daß ein Prinz des Hauses, der zurzeit sogar als dessen Chef fungiert, Kapitalien ins Ausland verhöben hat, und zwar durch Vermittlung eines Bankhauses, dessen Hauptgeschäftszweig in der unerlaubten Kapitalverbringung bestand, dessen Inhaber also schließlich als Schieber bezeichnet werden müssen. Die Gemeinschaft zwischen Hohenzollern und Schiebertum ist damit gerichtlich festgestellt. Sie erstreckt sich nicht nur auf die Person Eitel Friedrich, sondern dieser selbst hat die Hauptschuld auf seinen durch Selbstmord gedebeten Bruder Joachim gewälzt (was wir nicht gerade ritterlich finden), und andererseits ist bereits bekannt, daß auch der ehemalige Kronprinz und seine Gattin Cecilie zu dem Schiebershaus Grüsser enge Verbindungen hatten.

Als Genosse Hermann Müller diese Angelegenheit am 22. November 1920 im Reichstag enthielt, bekam die reaktionäre Presse Tobjuchtsanfälle. Sie brachte sogar ein offizios aussehendes Dementi, in dem es hieß: „In Wahrheit ist bereits festgestellt (!), daß auch nicht ein Mitglied des früheren preussischen Königshauses irgendwelche Beziehungen zu der Firma Grüsser, Philippson & Co. hatte.“ Vor Gericht ist heute das Gegenteil und damit gleichzeitig festgestellt worden, daß die reaktionäre Presse einfach das Blaue vom Himmel heruntergeschwindelt hat.

Ein Zollernprinz als Kapitalflüchter verurteilt! Allerdings eine bittere Pille für die Leute, die eben erst in Potsdam demonstrieren. Ueber für den Kundigen nur ein kleiner Abschnitt aus dem langen Kapitel, dem man die Ueberschrift geben kann: „Verdienste der Hohenzollern.“

Scherzfrage: Was hätten die Lübecker nationalen Blätter aufgestellt, wenn Erzberger der Schieber gewesen wäre? Und was tun sie nun?

Die amerikanische Bevölkerungszahl.

U. Washington, 18. Mai. Die letzte Volkszählung in den Vereinigten Staaten ergab eine Bevölkerungsziffer von 117 859 358 Personen.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 19. Mai.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Dienstag, dem 24. d. M., abends 7½ Uhr statt. Genosse Karl Lenschmann, Kiel, spricht über „Arbeit und Sport.“ — Am Donnerstag, dem 26. Mai spricht in einer öffentlichen Volksversammlung der Reichstagsabgeordnete und preussische Ministerpräsident a. D. Otto Braun im großen Saale des Gewerkschaftshauses, worauf wir heute schon aufmerksam machen.

Achtung, Bürgerchaftsfraktion! Freitag abend 7 Uhr Sitzung im Rathaus. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Achtung, Jungsozialisten! Heute Donnerstag: Vortrag im Gewerkschaftssekretariat 488 Uhr. Regen Besuch erwartet der Arbeitsausguck.

Die Tagesordnung der Bürgerchaftsversammlung am Montag lautet: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1. Einrichtung von Kassenräumen im Verwaltungsgebäude Mengstraße 26. 2. Bewohnungsplan für die Weberkoppel. 3. Weitere Instandsetzung des Hauses Königstraße 11. 4. Ausbau des Wollmagazins. 5. Einbau von zwei Schiffspritzen der Feuerwehr in Privatabdampfer. 6. Schaffung eines Grundstücks zur Fortsetzung der Automobilisierung der Feuerwehr. 7. Erlass einer Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. 8. Schaffung eines staatlichen Fürsorge-Erziehungshetms. 9. Beihilfe an den Verein Zentrale für private Fürsorge. 10. Nachtrag zu der Vorlage vom 21. April 1920, betreffend Neuordnung des Wahlverfahrens für die Gewerkschaften. 11. Deckung des Fehlbetrages der Gefindefrankenkasse. 12. Kosten der Projektarbeiten des Nord-Süd-Kanals. 13. Verbesserung der Düngersätze auf dem Stadtgebiete Behlendorf. 14. Erhöhung des Schulgebüses. 15. Einrichtung einer Landeswanderbücherei und Bücherreibratungsstelle. 16. 23. Nachtrag zum Unterrichtsgesetz. 17. Verstärkung der Mittel der Oberschulbehörde. 18. Gutachtliche Aeußerung des Bürgerauschusses zu den ihm zur näheren Erwägung überwiesenen Anträgen von Wolfradt: 1. Die Bürgerchaft ersucht den Senat, schleunigst Kostensparmaßnahmen zu schaffen für Leute über 50 Jahre. 2. Die Bürgerchaft ersucht den Senat, allen Erwerbslosen Lübecks, die vom November 1920 und länger erwerbslos sind, eine Beihilfe von 400 Mk. bis 600 Mk. zu gewähren.

Zur Erhöhung des Schulgeldes.

Forderung einer Schulksteuer.

Im März lag der Bürgerchaft ein Senatsantrag über die Erhöhung des Schulgeldes vor, der an einen Ausschuss verwiesen wurde. Dieser Ausschuss gibt nun einen ausführlichen Bericht heraus, der sich in folgendem Antrag an den Senat verdichtet:

Das Schulgeld möge an den Höheren und den Mittelschulen, dem Lehrerseminar und der Baugewerkschule mit Wirkung vom 1. April 1921 wie folgt festgelegt werden:

1. Katharineum, Johanneum, Oberrealschule zum Dom, Ernestinenschule (Lyzeum, Oberlyzeum, Studienanstalt), Lyzeum am Falkenplatz: erstes Kind 600 Mark, zweites Kind 480 Mk., drittes Kind 240 Mark für das Schuljahr, viertes und folgende Kinder frei. Innerhalb des Lübeckischen Staatsgebietes wohnende Schulpflichtige, die nachweislich nicht mehr als 20 000 Mark versteuern, zahlen von diesen Sätzen nur 75 v. H.;

2. Mittelschulen: erstes Kind 300 Mk., zweites Kind 240 Mk., drittes Kind 120 Mk. für das Schuljahr, viertes und folgende Kinder frei. Innerhalb des Lübeckischen Staatsgebietes wohnende Schulpflichtige, die nachweislich nicht mehr als 15 000 Mark versteuern, zahlen von diesen Sätzen nur 50 v. H.;

3. Lehrerseminar: 300 Mark für das Schuljahr;

4. für Schüler und Schülerinnen, deren Eltern nicht im Lübeckischen Staatsgebiete wohnen, wird ein Zuschlag von 40 v. H. erhoben, wenn sie in Lübeck in Pension sind, ein solcher von 60 v. H., wenn sie nicht in Lübeck in Pension sind;

5. Baugewerkschule: für das Halbjahr für hiesige Schüler 400 Mark, für auswärtige Schüler 600 Mark, gleichviel, ob sie sich in Lübeck in Pension befinden oder nicht;

6. das Schulgeld für Ausländer wird von der Oberschulbehörde nach eigenem Ermessen festgelegt;

daß die Oberschulbehörde ermächtigt werde, bis auf weiteres verhältnismäßig bis zu 75 v. H. der Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen der einzelnen Anstalt ganz oder teilweise Schulgeldbefreiung zu gewähren (Art. 18 des Unterrichtsgesetzes); daß die Oberschulbehörde ermächtigt werde, die etwa erforderlichen Ausführvorschriften zu erlassen.

Ferner beantragt der Ausschuss folgendes Ersuchen: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, bei der in Aussicht genommenen Verhandlung im Reichsschulsausschuss über die Schulgeldfrage durch seinen Vertreter darauf hinzuwirken, daß den Ländern das Recht auf Einführung einer Schulksteuer gegeben wird.

Der Ausschuss bedauert mit der Bürgerchaft, daß der Senat nicht rechtzeitig mit seinem Antrag heraustrat, um der Bürgerchaft genügend Zeit zur Beratung zu lassen. Auch in der Elternschaft habe die Erhöhung des Schulgeldes lebhafteste Erörterungen ausgelöst, da die Kosten der Lebenshaltung und die sich mehrenden direkten und indirekten Ausgaben kinderreiche Familien besonders bedrücken. Neuerdings habe auch der Reichsminister des Innern auf die Frage des erhöhten Schulgeldes hingewiesen und auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die eine lediglich oder vorwiegend vom Standpunkt des Kostenprinzips aus erzielte Lösung des Problems der Unterhaltung höherer Lehranstalten besitzlich lasse. Eine Verteuerung der Bildungsmöglichkeiten schließe die Kinder der Beamten und des Mittelstandes vom Besuch der höheren Schulen aus. Nach empfindlicher würden die Arbeiterkreise durch eine Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten getroffen werden. Diese Erhöhung der ohnehin tarpen Bildungsmöglichkeiten dieser Kreise müßte um so drückender wirken, als die Reichsverfassung gerade ihnen den Zugang zu den höheren Lehranstalten in Aussicht gestellt habe, und eine Festsetzung der hierdurch erwarteten Hoffnungen eine feste, den Staatsgedanken gefährdende Enttäuschung zur Folge haben würde. Die unausbleibliche Folge einer solchen Finanzpolitik würde ferner sein, daß die Verwirklichung des in Artikel 146 Absatz 1 der Reichsverfassung zum Ausdruck kommenden Grundgedankens der Einheitschule nahezu unmöglich gemacht würde. Der Ausschuss kann sich diesen Gedankengängen in vollem Maße anschließen. Nur ist er der Meinung, daß dieselben Gründe auch gegen eine zu weit gehende Erhöhung des Schulgeldes an den Mittelschulen sprechen. Sie werden zum größten Teil von den Kindern des Mittel- und des Arbeiterstandes besucht, und wenn den Eltern Schulgeldlasten in dem Maße auferbürdet werden, wie es die Senatsvorlage vorsieht, muß die Gefahr, auf die der Reichsminister des Innern in bezug auf die höheren Lehranstalten hinweist, sich auch hier geltend machen. Diese Erwägungen haben neuerdings größere kommunale und staatliche Schulverwaltungen zur Prüfung der Frage veranlaßt, ob nicht eine gerechtere Verteilung der Erziehungskosten durch Einführung einer Schulksteuer zu erstreben ist. Mit dem Reichsminister des Innern ist der Ausschuss der Meinung, daß diese Veruche, die darauf abzielen, für die Ausbringung der Erziehungskosten, die bisher auf verhältnismäßig wenigen, und zwar am härtesten auf den kinderreichen Familien lasteten, eine breitere Grundlage zu finden, ernsteste Beachtung und Prüfung verdienen. Es läßt sich auch in der Tat nicht einsehen, warum in einem Staate, dessen Verwaltung ganz auf demokratischem Prinzip aufgebaut ist, kinderlose Eltern und Bediener gar nichts zu den Schullasten beizutragen haben, zu Lasten, die gerade jetzt eine schwindende Höhe erreichen. Diese Kosten dürfen fortan nicht mehr nur von einem Kreise der Bevölkerung getragen werden, sondern die Last der Zeit auf finanziellem Gebiete verlangt gebieterisch, die Lasten auf breitere Schultern zu verteilen. Das ist aber nur möglich durch Einführung einer Schulksteuer, zu der sich der Ausschuss einstimmig bekennen mußte. Er bedauert, daß es ihm durch die Kürze der Zeit unmöglich gemacht wurde, sich eingehender mit diesem Problem zu beschäftigen und die Grundzüge zu entwickeln, die maßgebend sein müßten. Nach dem Rundschreiben des Reichsministers des Innern ist aber nicht daran zu zweifeln, daß die Frage der Schulksteuer den Hauptpunkt der Erörterungen auf der für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Sitzung des Reichsschulsausschusses, in der die einzelnen Länder vertreten sind, sein wird. Daß eine Lösung nach dieser Richtung gesunden wird, darf als sicher angenommen werden, da der Minister sich gegenüber dem Antrage des anhaltischen Reichsrates, den Ländern das Recht auf Einführung einer Schulksteuer zu geben, nicht ablehnend verhalten hat. Unter diesen Umständen kann der Ausschuss nur empfehlen, den Senat zu ersuchen, durch seinen Vertreter im Reichsschulsausschuss darauf hinzuwirken, daß den Ländern das Recht auf die Einführung einer Schulksteuer gegeben wird.

Allgemeine Ortskrankenasse.

Dem Geschäftsbericht dieser Kasse für das Jahr 1920 entnehmen wir folgendes (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1919.): Die Gesamteinnahme belief sich auf 14 060 751 (3 875 163) Mark, die Ausgaben betragen 10 987 938 (3 216 035) Mark. In finanzieller Beziehung fiel das abgelaufene Geschäftsjahr für die Kasse außergewöhnlich günstig aus. Schloß das Jahr 1919 mit einem Ueberschuß von 643 579,75 Mk. ab, so erbrachte das Jahr 1920 der Kasse eine reine Mehrernte von 3 072 813,27 Mk. Dieser Erfolge gründet sich hauptsächlich auf die mit 5. Januar 1920 beschlossene Beitragserhöhung von 5% auf die Prozent des Grundlohnes, auf die durch Gesetz vom 30. April 1920 geschehene Ausdehnung der Versicherungsgrenze von 5000 Mk. auf 15 000 Mk. Schatzersparnisdienst und die Heraufhebung des Grundlohnes bis auf 30 Mk. (vormals 10 Mk.) für den Arbeitstag, sowie endlich zum nicht geringen Teile auf den auch im Jahre 1920 zufriedenstellenden, durch Epidemien nicht gestörten Gesundheitszustand der Kassenmitglieder und ihrer Angehörigen. Nicht ohne Einfluß auf den Rechnungsabluß ist auch die Zeit des sogenannten vertragsgelosten Zustandes mit den Ärzten (25. Mai bis 1. Juli 1920) gewesen, während der sich viele Mitglieder und ihre Angehörigen der ärztlichen Behandlung entzogen hatten, die Zahl der arbeitsunfähigen Mitglieder sank um ein Drittel herunter, und dadurch der Kasse ganz bedeutende Ausgaben erspart blieben.

Die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der Kasse gab das erwähnte Gesetz vom 30. April 1920, durch das der Grundlohn heraufgesetzt und die Versicherungsgrenze bei den Angestellten, Handlungsgehilfen usw. bis zu 15 000 Mk. Jahresarbeitsentgelt ausgedehnt wurde, welche Maßnahme bekanntlich zum Notzweck führte, weil die Ärzte sich dadurch in ihrer Privatpraxis schwer geschädigt fühlten. Eine Berechtigung der Kassenärzte zum Streit gegen die Kasse lag aber nicht vor, da durch die gesetzliche Neuerung unserer damals rund 80 000 Mitglieder zählenden Kasse kaum 500 neue Mitglieder zugeführt wurden. Durch dieses Gesetz wurde den völlig veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung getragen. Kranken-, Haus-, Wochen-, Still- und Sterbegeld erhöhte sich den Grundlöhnen entsprechend durchweg um das Dreifache, in gleichem Maße stiegen aber auch die Beiträge. Bei den gewaltig ansteigenden Ausgaben war es für die Kasse dringend geboten, den Reservefonds auf eine den Ausgaben sich entsprechende Grundlage zu bringen. Sie bedurfte dazu notwendig der Mehreinnahmen, die ihr das Geschäftsjahr 1920 gebracht hat. Mit den der Rücklage zugeflossenen Mitteln hat die Kasse besonders den Kleinwohnungsbau zu fördern gesucht. So hat sie allein der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Lübeck 37 Grundstücke 929 700 Mk. als erste Hypothekensdarlehen und die Hergabe weiterer Gelder nach Bedarf und Möglichkeit in Aussicht gestellt.

Der überaus günstige Geschäftsabluß legte es dem Vorstande nahe, zu prüfen, ob er an eine Herabsetzung der Beiträge oder an eine Erhöhung der Kassenleistungen heranzutreten sollte. Die von Monat zu Monat in immer größerem Umfange und in immer höherem Maße an die Kasse gestellten Ansprüche ließen es dem Vorstande ratsamer erscheinen einer Beitragserhöhung nicht das Wort zu reden, vielmehr auf eine Erweiterung der Kassenleistungen Bedacht zu nehmen und da vor allem auf eine Erhöhung des Sterbegeldes hinzuwirken. Der Ausschuss wird darüber zu befinden haben.

Hervorzuheben ist hier noch das Gesetz über die Versorgung der Militärpersonen bei Dienstbeschädigung vom 12. Mai 1920, das den Krankenkassen die Heilbehandlung und die Kranken- und Hausgeldzahlung für dienstbeschädigte Kassenmitglieder auch über die jahungsmäßige Unterhaltungsabgabe hinaus und des weiteren auch für dienstbeschädigte Nichtkassenmitglieder überträgt und ihnen damit nicht unerhebliche Mehrarbeiten auferlegt.

Das gute Verhältnis der Kasse zu den Versicherungsbehörden bestand auch im Jahre 1920 weiter fort. Bei dem Versicherungsamt wurden im Jahre 1920 18 (7) Streitfälle gegen die Kasse anhängig gemacht. Davon betrafen 11 die Verweigerung von Kassenleistungen, 4 die Feststellung der Kranken- und 3 die der Invalidenversicherungspflicht. 10 Beschwerden wurden nach Klärung der Kasse von den Beschwerdeführern zurückgenommen, 2, die die Gewährung von Krankentagegeld betrafen, wurden durch Anerkennung der Kasse erledigt und 6 zugunsten der Kasse abgewiesen.

Die 4 Berufskrankenbesucher führten 24 947 (23 846) Besuche aus. Anzeigen über Wohnungsmißstände, die sich den Krankenbesuchern bei Ausübung der Krankenkontrolle offenbarten, haben bei dem Wohnungsausschuss infolge der herrschenden Wohnungsnot keinen Erfolg gehabt. — Wegen Uebertretung der Krankenordnung wurden 338 (408) Anzeigen erstatet, auf die in 304 (376) Fällen Ordnungsstrafen im Gesamtbetrage von 3433,80 Mk. (1700,50) festgesetzt worden sind. Gegen die rechtzeitige Entlassung des ersten, die Arbeitsunfähigkeit bescheinigenden Arztes ist in 18 (42) Fällen verfahren worden. Beschwerden gegen Straffestellungen sind nicht erhoben worden.

Nach dem neuen Arztvertrag, der nach Beendigung des Notzweckes abgeschlossen wurde, wurden die Gebühren für die Einzelleistungen mit Wirkung vom 1. April 1920 ab den Wirtschaftsverhältnissen angepaßt und daraufhin der Betrag, den die Gesamtrechnungen der Kassenärzte in einem Kalenderjahr für die Behandlung der Mitglieder und ihrer anspruchsberechtigten Angehörigen nicht übersteigen dürfen, von 18 Mk. auf 37 Mk. für Mitglied und Jahr heraufgesetzt. Die Wegegebühren fallen nicht darunter. Sie werden in voller Höhe daneben bezahlt. Der Vertrag ist ärztlicherseits bereits zum Jahresschluß wieder gekündigt worden. — Für die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder und ihrer anspruchsberechtigten Angehörigen standen der Kasse im Jahre 1920 49 (47) praktische und 33 (29) Fachärzte zur Verfügung. Bei der Kasse besteht freie Arztwahl. Ärztliche Hilfe, mit Ausschluß zahnärztlicher, nahmen im Berichtsjahre 73 344 (73 373) Personen in Anspruch.

Die Kasse hat im Jahre 1920 auf Ansuchen Beihilfen gewährt: 1. dem Ausschuss zur Speisung schlecht ernährter Volksschüler 7500 Mk., 2. der Fürsorge für Lungenkranke 1000 Mk., 3. dem Verein für Krankenpflege in Rufe 500 Mk., 4. der Krankenlegeation Travemünde 500 Mk., 5. dem Vaterländischen Frauenzweigverein Genin 100 Mk., 6. dem Vaterländischen Frauenzweigverein Schlutup 500 Mk., 7. dem Verein zur Fürsorge für jugendliche Krüppel 600 Mk.

Der Mitgliederstand der Kasse ist von 36 905 Mitgliedern bei Beginn des Jahres auf 39 804 Mitglieder am Schluß des Jahres hinaufgegangen. Die Zahl der Männer betrug 24 081 (23 723), die der Frauen 15 723 (13 185). An Versicherungsberechtigten (Freiwilligen) befanden sich darunter 2859 (3499) männliche und 3668 (3883) weibliche, zusammen 6527 (7332) Mitglieder. Die durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1920 betrug 38 298 (35 565), mithin mehr gegen das Vorjahr 2733 (3675) Mitglieder.

Für Arznei und Heilmittel wurden 1 229 442 Mk. ausgegeben. Der Prozentsatz der Krankengeldempfänger im Jahre 1920 betrug annähernd 3,12 (3,66) im Jahresdurchschnitt. An Krankengeld wurden 2 938 298 Mk. oder pro Mitglied 76,72 Mk. gezahlt.

Eine öffentliche Versammlung, die von den Kommunisten einberufen war, tagte am Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus. Die Besuche Berlin sprach über Amsterdam, Moskau und London. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bezeichnete der Redner als Geheiß Moskaus als die gelben, vom Gelde der Kapitalisten ausgeschalteten Gewerkschaften, während dagegen die Moskauer Internationale den Arbeitern den Himmel auf Erden bringen soll. In der Hauptsache aber beschäftigte sich der Redner nicht mit gewerkschaftlichen, sondern mit politischen Fragen. Er sprach des langen und breiten über die gegenwärtige Krise, schilderte das Elend der Arbeiterchaft und schimpfte auf den Kapitalismus, vor allem aber auf die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Bis zum Ueberdruß wiederholte der Redner die gleichen Schlagworte von der Revolutionierung der Arbeiterchaft und der Orientierung nach Moskau. Diese suchte bei seiner Aufgabe, kommunistische Zellen in die Gewerkschaften zu legen, gewaltig mit den Händen in der Luft herum. Aber trotzdem gelang ihm sein Vorhaben nicht. Denn einmal war die Versammlung nicht sehr stark besucht, und zum andern kann er das Leninische Rezept, die Gewerkschaften mit List und Lüge zu bekämpfen, noch nicht erfolgreich anzuwenden. Auf dem Gebiet der Lüge und Verdrehung der Tatsachen verjuchte er sich mehr wie einmal, aber von List war bei ihm nichts zu spüren. Während des Referats herrschte ständig eine starke Unruhe in der Versammlung, so daß der Versammlungsleiter, Miller, sich genötigt sah, Ruhe zu bitten. Eine handgreifliche Unwahrheit des Referenten wollen wir aber doch festhalten. Er behauptete u. a., um zu beweisen, daß die Gewerkschaften mit den Kapitalisten Arm in Arm gehen, daß die freien Gewerkschaften der Seeleute vor einiger Zeit gemeinsam mit den Reedern einen internationalen Kongreß abgehalten hätten, wo es recht eigentümlich zugegangen sei. Richtig ist, daß diese Tagung stattgefunden hat. Nur sollte der Redner wissen, was der „Volksbote“ und andere Blätter schon vor einigen Wochen mitteilten, daß die Amsterdamer Internationale es abgelehnt hat, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Dagegen hat sich aber der kommunistische Seemannsbund, der auch in Lübeck seinerzeit dem Transportarbeiterverband das Manöver übernahm, an der Sache beteiligt. Die Kommunisten sollten also wirklich nicht den Mund

so voll nehmen und nicht so oft von gelben Gewerkschaften sprechen, denn es ist mehr wie einmal festgestellt worden, daß sie bei Betriebsratswahlen die wirklichen Gelben unterstützt haben. Andererseits gibt es keine Partei, die sich mehr aus Gelben rekrutiert, als die Kommunistische. — Während die Kommunisten bisher mit allem Nachdruck für unbeschränkte Redezeit in öffentlichen Versammlungen eintraten, so wurde diesmal beschlossen, den Gegnern nur 20 Minuten Redezeit zu gewähren. Die Genossen Dräger und Weich, die in der Aussprache das Wort nahmen, suchten diese Beschränkung heim. Rücksichtslos bedient beide das schändliche, auf Zerspaltung der Arbeiterbewegung gerichtete Treiben der Kommunisten auf. Durch dieses Treiben würde nicht der Arbeiterchaft, sondern nur den Kapitalisten gedient. Diese Ausführungen paßten natürlich den Moskautingern nicht, sie machten fortgesetzt Jurist. Anerkannt muß werden, daß Miller sich wiederholt bemühte, Ruhe zu schaffen. Von den Unabhängigen sprach Körner. Er trat für die Revolutionierung der Gewerkschaften ein, bekämpfte aber die Zerspaltung derselben. Hoffentlich kommt Körner auch auf politischem Gebiet bald zu derselben Einsicht. Von den Straßenbahnern sprach Schwager kurz über den Streit der Straßenbahner und betonte, daß sie ihre Forderungen hochhalten und bis zum Siege aushalten würden. Er bedauerte, daß die Bürgerchaft wegen des Streits nicht einberufen worden sei und hat um die Sympathie der Arbeiterchaft. Nachdem noch Frank geiprochen und der Referent in seinem Schlußwort aus dem Straßenbahnerstreik Kapital zu schlagen versucht hatte, wurde ein Resolutionsentwurf von etwa noch 100 Anwesenden angenommen, die sich gegen Amsterdamer und für Moskau aussprachen. Die Arbeiter werden darin aufgefordert, in den Gewerkschaften zu bleiben und sie in kommunistischem Sinne umzugestalten. — Die Lübecker Arbeiterchaft weiß den Wert der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften zu würdigen; sie wird kommunistische Giftzellen in ihren Gewerkschaften nicht aufkommen lassen.

Die letzte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Lübeck des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands hatte sich u. a. wieder mit der „Freien Vereinigung der Buchbinder Lübecks“ zu beschäftigen. Die Mitglieder dieser Kleinmeister-Vereinigung zahlten ihren Gehilfen einen Stundenlohn von 3,55 bis 4,50 Mk. Verhandlungen auf Tarifrevision lehnten die Herren ab. Der daraufhin angerufene hiesige Schlichtungsausschuss fällte einen Schiedsspruch dahingehend, daß die jetzt geltenden Reichstariiflöhne von 4,90 und 5,05 Mk. pro Stunde zu zahlen würden. Herr Joh. Kerz als Vertreter der Arbeiter lehnte den Schiedsspruch ab. Der Verband beantragte beim Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung Herrn Dr. Link, den Schiedsspruch für rechtsverbindlich zu erklären. Selbstamerweise lehnte dieser die Rechtsverbindlichkeitserklärung ab mit der Begründung, daß bei der in Betracht kommenden Arbeiterzahl kein öffentliches Interesse vorliege. Diese Stellungnahme des Herrn Dr. Link wurde von der Versammlung einstimmig verworfen. Der Vorstand wurde beauftragt, alle Mittel anzuwenden, um auch die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ zu zwingen, ihren Gehilfen einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu zahlen.

Freigabe der Buttereinfuhr. Im „Reichsanzeiger“ wird bekanntgegeben, daß die angekündigte Aufhebung des Einfuhrverbots für Butter mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt. Es ist erlaubt, ohne besondere Bewilligung frisch gefalzene Butter oder eingeschmolzene (sogenannte Butterfälsche) einzuführen.

Badeanstalt Falkenbaum. Wasserwärme am 18. Mai: morgens 6 Uhr 20°; mittags 12 Uhr 20° Celsius.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Mittwoch abend standen sich Westergaard-Schmidt und Wildmann gegenüber. Der Kampf mußte nach 20 Minuten unentschieden abgebrochen werden. Im Entscheidungskampf des Schleswig-Holsteiner Stromschiff und des Rheinländer Wehrman gelang es Wehrman nach einer Stunde vier Min. seinen Gegner zu werfen. Im Entscheidungsbortkampf siegte Wehrman über Maacke in der 4. Runde.

Stadtheater. Die Direktion schreibt uns: Freitag: Erstaufführung von „Traumspiel“ von E. Strindberg. Dies Werk stammt aus der letzten Schaffensperiode des großen nordischen Dichters. Es sind 16 Bilder, die äußerlich in keinem eigentlichen Zusammenhang zu stehen scheinen, Bilder, wie sie der Traum eingeebnet hat. Dennoch sind sie alle durch die große Idee von der Erlösung der Menschheit, auf die es dem Dichter einzig an kam, verbunden. Sonnabend „Elektra“.

pb. Gestohlen wurden mittels Einbruchs aus einer Wäscherei in der Peterstraße: 1 Leintuch, 3 Bettlücken, 1 Bettbezug und vier Bettlaken. — Aus einer Bodenkammer in der St. Annen-Straße wurden mehrere Kleider, 1 paar Damenhalschuhe, 1 goldene Brosche und 100 Mk. in bar gestohlen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Der Arbeiterrat und das Mietgezet. Der Hamburger Mieterverband hat beim Senat einen Gesetzentwurf über die Mietzinsbildung im hamburgischen Staat eingereicht. Vom 18. bis 27. Mai findet die Abtimmung über dieses Volksbegehren statt. Die Bau- und Wohnungskommission des Arbeiterrates hat der Exekutive eine Entschließung vorgelegt, in der die Unterstützung des Volksbegehrens abgelehnt wird. Nach Ansicht der Mehrheit würde die Annahme des vorgeschlagenen Gesetzes für viele Mieter, besonders solche in alten und verfallenen Gebäuden, eine wesentliche Erhöhung der jetzigen Mieten zur Folge haben. Eine Neuregelung erscheint indessen noch vor Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes erforderlich. Die Kommission befürwortet daher den Erlaß einer Verordnung, die den sozialen Verhältnissen der Mieter und Vermieter nach Möglichkeit Rechnung trägt und den Mietern ein Kontrollrecht über die Verwendung der auskommenden Mieten einräumt. Es empfiehlt sich, die Hauseigentümer zu einer übersichtlichen Buchführung durch Verordnung anzuhalten. Die Exekutive stimmte dieser Entschließung einstimmig zu.

Hamburg. Das zarte Geschlecht. Ein Dienstmädchen aus Neumünster wurde an der Lombardsbrücke von ihrer Begleiterin, die zusammen mit ihr von Magdeburg gekommen war, überfallen, ihrer Barchaft beraubt und in die Wüste geworfen. Auf ihre Hilferufe wurde sie von Passanten gerettet. — Gegen die fortwährende Stilllegung von Hotelbetrieben wandte sich eine Verlammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten. Jetzt wurde wieder das Hotel de l'Europe geschlossen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Verammelten schärfsten Protest erheben, daß immer wieder Hotelbetriebe von Behörden und Gesellschaften aufgekauft und ihrem Zwecke entzogen werden, wodurch die Wohnungsnot eine weitere Verschärfung erfahre und zahlreiche Angestellte erwerbslos würden. Seit 1915 sind in Hamburg 12 Hotels mit etwa 1200 Betten eingegangen und dadurch etwa 500 Angestellte erwerbslos geworden.

Cuxhaven. Fischdampfer werden aufgelegt, weil die Fischpreise gesunken sind. Wie unser Cuxhavener Parteiorgan berichtet, besteht die Absicht, etwa die Hälfte der Fischdampfer der Cuxhavener Reedereien vorläufig aufzuliegen, da sich die Fährten infolge der gesunkenen Fischpreise nicht mehr lohnen. Besonders die Islandreisen sind trotz guter Fänge nicht mehr rentabel. Angesichts des geringen Abfahrs im Inland bedarf die Frage der Herabsetzung der Fischpreise für Seefische einer dringenden Lösung, um die nicht begehrten Massenstücke exportieren zu können. — Der Profit über alles!

Verantwortlich für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Interne Heinrich Steinberg; Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. in Lübeck.

Meine Kellame-Herren-Anzüge

kostenlos (2072)
495.—, 595.— Mt.
 1 Posten Anzüge jetzt 850, 250
 zurückgekauft
 1 Posten Herren-Macé-Hemden 35.00
 1 Posten do. -Hosen 33.50
 1 Posten Blusen-Schürzen 29.50, 25.00
 1 Posten Wiener Schürzen 25.00
 1 Posten Damen-Hemden 39.50, 29.50
 1 Posten Herren-Hosen 6.95, 5.95, 3.95
 88 cm breit Hobniesel . . . Meter 9.99
 80 cm breit großfab. Hemdentuch Wt. 9.90
 80 cm breit rosa gem. Bettzeuge . . . Meter 14.95, 12.95
 100 cm breit la. Schlupfenhemden . . . Meter 16.95
 Damenstrümpfe, Kindersocken enorm billig

Johannes Holt,
 Lübeck.

Markt 6. Kohlmarkt 6.

Bekanntmachung.

Mit sofortiger Gültigkeit wird die dem Kollisionsunternehmer in Lübeck aufgelegte Haftung für Verlust, Minderwert und Beschädigung bei der Anfuhr von Gütern auf den Betrag von 20 Mt. für das Kilogramm beschränkt. Der Unternehmer hat jedoch höherwertige Güter auf Wunsch des Abnehmers zu versichern. Näheres ist das Lagergeld für die dem Unternehmer übergebenen Güter erhöht. Er ist verpflichtet, auf Antrag des Befugigten diese Güter gegen Feuer und Diebstahl zu versichern. Die Versicherungsgebühren kommen neben dem Lagergeld zur Erhebung. (2078)

Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft

Freibadeanstalt Marli.

Die Badeanstalt Marli ist Mittwochs, Freitags u. Sonnabends von 5 Uhr nachmittags ab den hiesigen Truppen zum Baden zur Verfügung gestellt. (2045)

Das Polizeiamt.

Elsa Meyer

Willi Niemann
 Verlobte. (2048)
 Kücknitz, Pfingsten 1921.

Kolporteur

zum Austragen von Zeitschriften gesucht.
 (Bezirk Holtenauer Nord.)
 Expedition des Lübecker Volksboten.

Sozialdemokr. Verein

Ortsgr. Moorgarten.
 Am 17. Mai verstarb unser Genosse
Wilh. Wohltmann
 Ehre seinem Andenken.
 Beerdigung Freitag, d. 20. Mai, nachmittags 8 Uhr in Grenn. (2063)
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband

Nachruf.
 (Veripäter).
 Am Freitag, dem 13. Mai starb durch schweren Unfall ein langjähriger Kollege
Peter Meyer
 im Alter von 70 Jahren. Ehre seinem Andenken. (2052) Der Vorstand.

Die Beerdigung unseres lieben verunglückten Sohnes Ernst Günther findet am Freitag, dem 20. d. Mts., nachmittags um 3 1/2 Uhr vom Bornwender Friedhofe aus statt. (2044)

Ernst Schulte und Frau.

Dankwartegrube 4.

1 Tisch, 1 Sofa, 2 Geselle, 4 Stühle, 1 Petroleumr. zu vt. (2062) Broilingstr. 44 pt.

2 Strohhüte, Größe 54 u. 56, à 15 Mt., 1 weiße Sommerhüte à 25 Mt.

1 guterh. Cutaway in gest. Hufe, f. gr. Figur, 375 Mt., 1 Gehrock mit Weste für nur 85 Mt. sofort veräußerlich (2056) Regimentsstr. 21, 1.

Raninchenfall zu verk. (2042) Ludwigsstr. 77, II.

Zatzenfel

zu verkaufen. P. Stäwe, Schönboöener Straße 18. (2065)

Rinderwagen gel.

(2054) Ang. u. Fr. u. R. M.

Billige Baumwollwaren

Blaudruck für Küchenschürzen, doppelseitig bedr. Mtr. 1980
 Kadett für Kinder-Kleider u. Blusen, waschechte Ware . . . Mtr. 1785
 Perkal für Hemdblusen und Oberhemden Mtr. 18.50 1650
 Bwll. Kleiderstoffe 90/90 cm br., licht-, luft-, waschecht Mtr. 1650
 Weiss. Bettsatin 140 cm Bandstreifen, Ia. Qual. Mtr. 42.50 3950
 Weiss. Bettamast in eleganten Mustern, 140 cm . . . Mtr. 4850
 Echt rot Bettinlett gar. federdicht, 190 u. 140 cm . . Mtr. 4950
 Gestr. Bettinlett prima Satin für Unter-Betten . . . Mtr. 5850
 Ia. waschechte Bettkattune 140 cm 27.50 . . . 80 cm 1380
 Züchen für Bettbezüge, 190/140 Mtr. 27.50 25.80 2380
 Bettuch-Halbkleinen u. Haustuch 140 cm . . Mtr. 34.00 2950
 Hemdentuch mittel- u. großblädige Ware ca. 80 cm Mtr. 9.80 790
 Handtuchdrelle mit und ohne Borte Mtr. 10.80 7.90 595
 Fertige Bettlaken in Haustuch u. Halbkleinen . 78.50 59.50 4980
 Fertige Bettbezüge in Satin u. Wäschetuch . 198.- 158.- 9850

Fertige Betten

in den allbewährten Friedensqualitäten, garantiert federdicht und farbecht

Bett 1	Bett 2	Bett 3
Oberbett . . . 327.—	Oberbett . . . 412.—	Oberbett . . . 555.—
Unterbett . . . 295.—	Unterbett . . . 340.—	Unterbett . . . 405.—
Pfahl . . . 101.50	Pfahl . . . 126.50	Pfahl . . . 169.50
Kissen . . . 71.50	Kissen . . . 101.50	Kissen . . . 115.50
Komplett 79500	Komplett 98000	Komplett 124500

Hans Struve

Königstr. 87/89
 Ecke Walmstr.
 Neumünster — Rendsburg
 Itzehoe. (2066)

Eimerbier.

Freitag von 3—6 Uhr.
H. Bade.

Geschäfte von heute an:
 Da. Fischmarkt, fett. Dörsenfleisch
 Gutes Rindfleisch Bfd. 6—8
 Da. Gefrierfleisch 8—9
 Gulasch u. Schafftes 10
 Seltene Schweinefleisch 16
 Hammelf. 12
 Jung. Kalbfleisch 9—10
 Da. Schmalz 11,40
 Da. Speck 11
 Da. Talg 8
 Feinste Knochen 1
 sowie sämtliche Wurstwaren in guter Qualität.
Otto Reining,
 Lübeck-Stockelsdorf.
 (2070) Telefon 1521.

Freitag und Sonnabend frische Nordseefische:

Seelachs in 33. Fischen 1,20 Mt.
 Kabeljau 1,20
 Schellfisch 2.—
 Fischlachsade 2.—
 Steinbutt, Hechte, Brachsen
 Goldbutt dinstigt
Johannes Boy,
 Markt 46—47.
 Telefon 8375. (2068)

Kolonial- und Fettwaren

Gute Ware. Billige Preise.
Chaisstr. 2a (2040)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (2041)

Otto Albers

Markt 4 Kohlen 10
 Tgl. d. R. Sparr. Cabeca

Eimerbier

Freitag von 4—6 Uhr.
 (2060) Hermann Stamer.

Zentralhallen

Sonnabend. (2061)
Gr. Tanzkränzchen.

Restaurant-Übernahme.

Dem geehrten Publikum, allen Freunden und Bekannten gebe hiermit bekannt, daß ich das **Theater-Restaurant u. Café, Fuhlenhauer 17—19** übernommen habe und am Freitag, dem 26. Mai eröffnen werde.
 Ich bitte, daß mir früher erprobte Wohlwollen zu erneuern und mein jetzige Unternehmen durch freundlichen Besuch zu unterstützen.
Küche und Keller liefern das Beste.
 Achtungsvoll
Aug. Lohmann.
 (2071)

Bitte, sofort bestellen!

Der Wahre Jacob

Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
 Erscheint alle vierzehn Tage
 Preis der Nummer 60 Pf.
 Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

Leset die Arbeiter-Jugend

Jugend der Arbeiterschaft, rafft dich aus Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere auf die Zeitschrift der Jugend! Sie vertritt Deine Interessen, bringt anregende Artikel aus allen Gebieten des Wissens und der Jugendbewegung, ist reich illustriert. Sie ist die größte und verbreitetste Jugendzeitschrift, erscheint zweimal monatlich, der Bezugspreis beträgt 3.— Mt. vierteljährlich, einzeln 60 Pf. Zu bestellen bei allen Postämtern, Parteibuchhandlungen oder direkt beim Verlag der **Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.** Lindenstraße 3.

Körnerfutter
 Weichfutter
 für Geflügel etc. (2074)
 empfiehlt
Th. Häveker,
 Beim Ketteld 5/11.

Zur Mühle

Bedergrube 61.
 Rutenreis 1.85
 Bruchreis 2.10, 2.40, 2.70
 Vollreis 2.40, 3.00, 2059) 3.25, 4.25
 feinste Haferslocken 2.80
 feinst. Kartoffelmehl 3.50
 feinst. Maisternpuder 3.50
 weißer grober Grieß 2.90
 Reismehl, fein und grob 2.60, 3.00
 wß. Kuchenbackmehl 2.70
 gutt. gelbe u. grüne Erbsen 2.50
 autt. weiße Bohnen 1.60
 Mischobst 3.50
 Feinste bosnische Pfäunen 4.90
 Kunsthonig v. Säuer 4.70

Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Bersammlung

der Kohlenplatzarbeiter
 am Freitag, dem 20. Mai
 abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 Innere Verbandsangelegenheiten.
 (2064) Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 20. Mai 1921
 abends 7 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 1. Der Stand unserer Bewegung.
 2. Die produktive Erwerbslosen-Fürsorge.
 3. Bericht vom Ortsaus-schub.
 4. Verschiedenes. (2055)
 Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Heute sowie täglich 8 Uhr (2069)
 das neue erstklassige Varieté-Programm
 9 1/4 Uhr 9 3/4 Uhr
 Heute Donnerstag:
 2 große Entscheidungskämpfe:
 Edelmann gegen Wehrm.
 Scharachin geg. Maschke.
 Außerdem ringt:
 Anglio gegen Wildmann.

Stadttheater Lübeck

Donnerstag, 16. d. Mts. C u. 20.
 Vorstell. im Opern-Abonn.
 Bohème. 7.80.
 Freitag, Buchst. C und 20.
 Vorst. im Schauspiel-Abonn.
 Ein Traumpfad. 7.00.
 von H. Strindberg.
 Einführende Worte von
 Elise Deipser.
 Sonnabend, Buchst. C u. 20.
 Vorstell. im Opern-Abonn.
 Elektra. 7.80.
 Als Gast Frau Wedekind-
 Klebe vom Hamburger
 Stadttheater.
 Sonntag, 16. d. Mts. für den
 Arbeiterbildungsverein.
 Bohème. 3 Uhr.
 Die Scheidungsreise. 7.80.
 Hierauf: „Coppelia“.
 Kammerspiele.
 Fünfhäuser. (2051)
 Donnerstag und Sonntag:
 Casanovas Sohn. 7.80.

Brifetts, Kots Holz und Torf

frei Haus zu billigstem Tagespreis. (2076)
Johs. Mustin, Kohlenhandlung
 Warendorferstraße 14—22. Fernsprecher 2740.

Wir bieten an:

Voile in weiß und farbig 22,— 31,— 38,— 75
 in hübsche Muster 12,— 15,— 19,— 50
 Musselin, m
 Perkal, gute Qualität, schöne Muster m 11, 50
 Kleiderdrucks, viele Muster m 9,— 12,— 17,— 75
 Inlett, volle Bettbreite, prima Qualität m 48,—
 Bettbezugstoffe hervorr. Qual. m 12,— 14,— 16,— 50
 Herren-Einsatzhemden 40,— 43,— 45,—
 Normalhemden, prima Qualität 32,— 35,— 38,—

Damen-Wäsche, Strümpfe, Schürzen

zu bekannt billigen Preisen. (2049)
Walter Griephan & Co.,
 Hüxstraße 74.

Briketts vorrätig.

Ferruf 3244. (2067) **Lütgens,** Mittelstraße 17.

Wolman Wolman Wolman

auf Karte abzugeben habe.
 Gleichzeitig weise ich in gegenseitiger Verantwortung darauf hin, daß eine Bekleidung der Karte auf über 4 Wochen hinaus seitens des Landesverforgungsamtes verboten ist. (2075)

H. Löwenberg,

Getreide-Futtermittel.
 Beim Ketteld 5/11.

Rostocker Kautabak

feinste Qualität (2039)
 nur echt aus der Fabrik von
Pienningdorf & Genssen
 Rostock i. M.

Die Ernte in Preußen 1920.

Die „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht kürzlich die Zahlen über die in Preußen 1920 erzielten Ernterträge. Aus der Einleitung dazu geht hervor, daß die Ermittlung dieser Erträge ebenso wie in den früheren Jahren wieder auf drei zeitlich verschiedenen Ernteschätzungen fußt, weil wir nach den früher bekanntgegebenen Erfahrungen diesen Schätzungen einen nur sehr bedingten Wert zusprechen können. So kommt es auch, daß die Vorschätzung der Kreiscommissionen, welche im Juni und Juli ihres Amtes waliteten, ganz erheblich von den im Juli/August und im November vorgenommenen Schätzungen der Saatenstandsberichterstattung abweicht. Das muß deshalb besonders hervorgehoben werden, weil die Vorschätzungen im Juni und Juli die Grundlagen zur Festsetzung der Ablieferungsmengen der einzelnen Landwirtschaftlichen Betriebe waren. Ganz allgemein ist zu bemerken, daß auch die wesentlich höheren Schätzungsergebnisse nach bereits erfolgter Ernte ohne irgend welche Druckergebnisse zustande kamen, so daß auch sie keine Gewähr dafür bieten, daß in den Gesamterntezahlen auch nur annähernd die tatsächlich geernteten Fruchtmengen enthalten sind. Wir glauben aus diesem Grunde auf eine Wiederholung der sehr umfangreichen Tabelle verzichten zu können und wollen erneut anregen, daß man in Zukunft von Seiten der Regierung sowohl zum Zwecke der Sicherung der Volksernährung als auch zur besseren Preisbestimmung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse endlich den Weg der zwangsweisen Erntefeststellungen beschreitet. In welcher Weise das am zweckmäßigsten zu geschehen hätte, soll einer besonderen Erörterung vorbehalten bleiben. Hier interessieren vor allem noch einige Betrachtungen über den Vergleich der Ernterträge 1919 und 1920. Ganz besonders bedauerlich ist da der Rückgang des Erntertrages beim Winterroggen, also bei unserer Hauptbrotpflanze. Dieser betrug gegenüber 1919 930 326 Tonnen, was neben dem Rückgang der Erntefläche um 65 206 Hektar nach dem Sinken des Hektarertrages um 27 Doppelzentner zuzuschreiben ist. Als Gründe für diese Erscheinung sind zum Teil die ungünstigen Witterungsverhältnisse während der Herbstbestellung 1919, zum Teil die damals noch recht mangelhafte Befruchtung mit Kunstdünger, vor allem aber auch die Erhaltung der Landwirte durch den Anbau anderer Fruchtarten höhere Gewinne einzubringen, anzuführen. Daß dieser letztere Grund sehr erheblich ins Gewicht fiel, geht aus der Steigerung der Erntefläche für den alsbald freigegebenen Safer und für Gerste hervor und ergibt sich auch aus der ungewöhnlich starken Zunahme der Anbaufläche für Hülsenfrüchte, die ja bekanntlich 1920 sehr hoch im Preise standen.

Sehr interessant sind die Mitteilungen über die Kartoffelernte, denn trotz allen Geschwezes über die ungünstige Witterung und die zu erwartenden Erträge zeigt sich nun doch, daß gegenüber der Ernte von 1919 nicht nur eine erhebliche Ausdehnung der Anbaufläche stattgefunden hat, sondern daß vor allem auch die Hektarerträge von 101,1 Doppelzentner in 1919 auf 118,5 Doppelzentner in 1920, also um 17,4 Doppelzentner, gestiegen sind. Desgleichen haben die übrigen Hackfrüchte, besonders die Zuckerrüben, recht gute Erträge aufzuweisen. Bei diesen Fruchtarten beträgt die Zunahme gegen das Vorjahr fast 1/4 des Gesamtertrages. Stellt man die Ernterträge von 1920 denjenigen der letzten Friedensernte von 1913 gegenüber, so zeigt sich das auch von uns bereits öfters gezeichnete Bild, daß die Getreide-, Futterpflanzen und Wiesen ganz beträchtlich an Anbaufläche zugenommen haben, während die Ernteflächen der für die Ernährung wichtigsten Früchte, wie Winterweizen und Winterroggen, Kartoffeln und Zuckerrüben in der Anbaufläche um ein Fünftel, z. T. auch nur um ein Zehntel zurückgegangen sind. Desgleichen ist die Anbaufläche der Wintergerste gegenüber der Sommergerste ganz gewaltig gestiegen. Auch aus dieser Zusammenfassung geht erneut hervor, daß in der Landwirtschaft die Produktion lediglich aus Profitinteresse betrieben wird; es zeigt sich also erneut, daß eine zielbewusste agrarische Preispolitik die Hauptforderung bleiben muß, um zu einer wirtschaftlichen Gesundung zu gelangen. Nicht verschweigen wollen wir endlich, daß ein Vergleich der Ernterträge der wichtigsten Feldfrüchte im Jahre 1920 mit dem Jahre 1913 bei Winterweizen einen Rückgang von 52,4 Prozent, bei Winterroggen von 53 Prozent und bei den übrigen Früchten im Durchschnitt von 40 Prozent ergibt. Das ist zum Teil eine Folge der erheblich gesunkenen Er-

tragsfähigkeit des Ackerbodens, der während des Krieges infolge mangelhafter Düngereinfuhr stark ausgelenkt wurde, wenn auch auf der anderen Seite abermals betont werden muß, daß gerade während des Krieges zum Beispiel auch der Feldgemüsebau eine so gewaltige Ausdehnung annahm, daß schon allein hierdurch, wie wir früher nachgewiesen haben, die Ernteflächen und Ernterträge gerade bei den Brotgetreidearten sehr wesentlich beeinflusst wurden. Das aber geht aus der Statistik der eingangs erwähnten „Statistischen Korrespondenz“ nicht mit genügender Deutlichkeit hervor!

Preussische Regierungsbildung und Statistik.

Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht der demokratische Landtagsabgeordnete F. Hoff einen Aufsatz, in dem er nachzuweisen versucht, daß die Mehrheit der alten Koalition keine Koalition sei. Zieht man nämlich Oberschlesien von Preußen ab, so haben Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ihre Mehrheit verloren. Rechnet man ferner alle Unabhängigen ohne weiteres zu den Gegnern der alten Koalition, so haben nur Schlesien, Westfalen, Hessen-Nassau und die Rheinprovinz eine Mehrheit der alten Koalition, die sieben anderen preussischen Provinzen nicht. Zu dieser zahlenmäßigen Schwäche rechnet Herr Hoff der alten Koalition ihre innere Schwäche an. Auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet befinden sich vielfache tiefgehende grundsätzliche Gegensätze, und deshalb werde die Mehrheit bei vielen Anlässen eine Minderheit werden. Um die innere Einheit der Regierungskoalition zu verstärken, fordert Herr Hoff die Aufnahme der Deutschen Volkspartei. Es liegt ja auch auf der Hand, daß zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie so vielfache tiefgehende grundsätzliche Gegensätze nicht bestehen wie etwa zwischen der Sozialdemokratie und den beiden bisherigen Koalitionsparteien, nicht wahr Herr Hoff?

In Wahrheit ist die ganze Hoff'sche Statistik eine leere Spielerei. Die Demokraten könnten nunmehr endlich wissen, daß es die Regierungskoalition von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei nicht gibt. Die Sozialdemokratie in Preußen ist lieber aus der Regierung ausgeschlossen, als daß sie mit der Deutschen Volkspartei darin gelassen wäre, und die Deutsche Volkspartei hat ein für allemal die Braun und Severing für sie als unannehmbar erklärt. Es gibt im preussischen Landtag nur zwei Mehrheiten: die alte Koalition, der die U. S. B. keine unnötigen Schwierigkeiten machen wird, und der bürgerliche Block von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, der jetzt regiert. Wer infolgedessen immer wieder erklärt, die Quadratur des Kreises müsse doch gefunden werden, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie müssen doch zusammengepaart werden, der will damit nur verdecken, daß er die alte Koalition ablehnt und die Koalition mit den Deutschnationalen vorzieht. Denn das jetzt, nachdem die Volkspartei sich für Ablehnung des Ultimatus entschieden hat, nachdem sie ihren Willen bekundet hat, den Versuch zur Rettung des Ruhrreviers und Oberschlesiens zu unterlassen, nachdem sie somit gezeigt hat, daß sie auch als Regierungspartei gegen die deutschnationalen Demagogen nicht den Mut der eigenen Meinung hat, noch weniger als vorher an ein Zusammengehen zwischen Sozialdemokraten und Volksparteikern zu denken ist, das sollten nun nachgerade auch die Demokraten eingesehen haben.

Über der Artikel des Herrn Hoff — in der jetzt gegebenen Situation — ist nur ein Beweis mehr dafür, daß Zentrum und Demokraten geringe Neigung an den Tag legen, die preussische Regierung entsprechend der Zusammensetzung der Reichsregierung unzulässig zu bilden. In die gleiche Richtung weist neuerdings das Auftreten des Kultusministers Dr. Becher, der zwar in Frankfurt bei der Eröffnung der Arbeiterakademie noch versprochen hat, den alten Kurs weiter zu steuern, aber jetzt sich doch auf ein dauerndes Ministerium mit gesamtbürgerlicher Hilfe einzurichten scheint. Anders ist es wohl nicht zu verstehen, daß er die Maßregelungsverfugung gegen den bekannten sozialdemokratischen Stadtvorordneten und Schulleiter Dr. Ostrowski unterstützt, daß er den Fall des Direktors Burg in Charlottenburg wieder aufrollt und in diesen

wie in anderen sachlich viel wichtigeren Fragen die bisherigen freier denkenden Referenten laßt.

Die Sozialdemokratie kann dieser Entwicklung sehr ruhig entgegensehen. Es liegt wahrhaftig nicht so, daß die Regierungsteilnahme in Preußen eine Belohnung dafür sein könnte, daß man im Reich die schwersten Verantwortungen übernimmt; sondern das Regieren in Preußen ist auch an sich für eine sozialistische Partei eine schwere Last. Wir haben gezeigt, daß wir bereit und fähig sind, sie zu tragen und Verantwortung nicht scheuen, aber wir drängen uns nicht dazu. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die Oppositionsstellung in Preußen, die selbstverständlich auch die schärfste Oppositionsstellung im Reich zur Folge haben muß, der Partei sehr gut bekommt, und wenn die bürgerlichen Parteien durchaus wollen, wird die Sozialdemokratie es zu ertragen wissen, daß sie außerhalb der Regierung steht. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß man die ihr gegebenen Zusicherungen nicht innehält.

Nur in einer Beziehung könnte man aus der statistischen Spielerei des Herrn Hoff ernste Folgerungen ziehen. Im Reichstag ist überhaupt keine Mehrheit herauszurechnen, und dieser Zustand wird auf die Dauer nicht zu ertragen sein.

Fort mit den „Volksgerichten“.

Der am letzten Freitag vom Reichstag gefasste Beschluß, die Befugnisse der Sondergerichte hinsichtlich der Zuständigkeit für Jugendliche, der Befreiung eines Verteidigers wie der Einreichung einer Anklageschrift einzuschränken, ist außerordentlich zu begrüßen. Im Zusammenhang hiermit muß nunmehr mit allem Nachdruck die Forderung erhoben werden, daß durch eine weitere Verordnung die bayerischen „Volksgerichte“, die im November 1918 eingeführt und durch das bayerische Gesetz vom 12. Juni 1919 bestätigt wurden, sofort aufzuheben. Das Verfahren vor diesen Gerichten ist ein wahrer Hohn auf ihren Namen, der sie als Gerichte im Dienste des Volkes hinstellt. Die Beschuldigten werden auf Befehl der Staatsanwaltschaft, nicht des Richters, ins Untersuchungsgefängnis überführt. Eine schriftliche Anklage ist bei bayerischen Volksgerichten fremd. Irigendwelche Rechtsmittel gegen Urteile des Volksgerichtes gibt es nicht. Selbst das Wiederannahmeverfahren ist unbekannt und kann selbst dann nicht durchgeführt werden, wenn die Unschuld des Angeklagten zutage tritt und der wahre Täter erst nachträglich ermittelt wird. Eine Grenze für die sachliche wie zeitliche Zustände der bayerischen Sondergerichte existiert nicht, jedoch man mehr und mehr den Eindruck gewinnt, daß die bayerische Regierung längst darauf verzichtet hat, jemals wieder geordnete Rechtszustände in ihrem Mutterland einzuführen. Die Regierung des Herrn v. Kahr stellt sich durch diese Justiz ein schlechtes Zeugnis aus; jeder unbefangene Beurteiler der Dinge muß nachgerade die Ueberzeugung gewinnen, daß in Bayern die schweren Verbrechen an der Tagesordnung sind; und von der ordentlichen Justiz nicht erledigt werden können. Die Kriminalität eines Landes aber steht immer im engsten Zusammenhang mit seiner Politik. Der bayerische Ministerpräsident von Kahr weist mit mehr Stolz als Berechtigung bei jeder Gelegenheit auf die muntersten Zustände in Bayern hin. Die Henkerjustiz, die unter seinem Regiment in Bayern ihre Schreckensherrschaft ausübt, ist eine eigentümliche Illustration für derartige Behauptungen. Die bayerischen Sondergerichte haben auch den mindesten Schein einer Exilenzberechtigung verloren. Sie sind eine würdige Ergänzung der bayerischen Einwohnerwehren, um deren Einrichtung willen die deutsche Republik in ihre jetzige geradezu katastrophale Lage geraten ist.

Es wäre gut, wenn die Reichsregierung sich im Zusammenhang mit der bayerischen Entwaffnungsfrage auch mit der bayerischen „Volksgerichtsjustiz“ beschäftigen würde. Vielleicht erhalten wir von Bayern authentische Mitteilungen über die Urteile, die seit dem November 1918 von den dortigen Gerichten gefällt worden sind. Eine derartige Unterrichtung der öffentlichen Meinung wäre um so dringender zu wünschen, als mit ihr gleichzeitig der Beweis für die Notwendigkeit einer sofortigen Aufhebung dieser Ausnahmejustiz erbracht wäre. Wenn Herr v. Kahr sich auf die Dauer so schwach fühlt, seine Herrschaft auf eine Justiz zu stützen, die sicherlich ihrer ganzen Anlage nach nicht die „Befürchtung“

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

23. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

So gab sie endlich nach, und der Hauswirt, der froh war, daß er junge Leute ohne Kinder bekam, ließ alles neu in Stand setzen und aufzuräumen. Sie kauften sich nur wenig Möbel, so daß es Martha zuerst ganz leer vorkam in der neuen Wohnung, besonders wenn sie an ihr Elternhaus dachte, in dem jeder Winkel vollgepfropft war. Aber hier schien es den Leuten lästig zu sein, sich vieles anzuschaffen, das machte nur Arbeit. Man hatte gar nicht das Gefühl in einem eigenen Heim zu sein, man wohnte wie in einem Hotel.

Martha versuchte aber doch, so gut sie es konnte, ihre Wohnung behaglich zu machen, und wenn Richard gegen Abend nach Hause kam, dann mußte er irgend eine Kleinigkeit bewundern, die sie neu hinzugekauft hatte. Nach dem Essen erzählte er ihr dann, was er am Tage gearbeitet hatte.

Er konnte gar nicht genug Wels loben, der sich solche Mühe mit ihm gab. Und die Arbeit selbst war auch nicht so schwer. Zuerst hatte es ihn ein wenig geniert, als Anfänger, der nichts konnte, unter diesen Arbeitern zu sitzen. Aber kein Mensch belästigte ihn mit neugierigen Fragen nach seinem früheren Beruf oder mit spöttischen Bemerkungen. Die Beschäftigung gefiel ihm deshalb ganz gut, und er fühlte sich schon so sicher, daß er anfangs zu prahlen.

Martha hatte ein feines Gefühl dafür, wenn er da oder dort übertrieb. Aber sie lächelte im Anfang nur dazu, denn das gehörte wohl zu seinem Wesen, und er war ihr auch so viel lieber, als wenn er ihr seine bittere, traurige Stimmung verfiel. Ueber eines wunderte sie sich aber sehr, als sie es plötzlich entdeckte. Er fing an, Wels im Ton seiner Stimme, in einzelnen Redewendungen und auch in Handbewegungen nachzuahmen, jedenfalls ohne sich dessen bewußt zu sein. Wels hatte eine besondere Art, den Mund zu verzieren, wenn er ironisch wurde, und Wittkamp tat jetzt dasselbe. Sie erinnerte sich nun auch, daß sie das selbe schon einmal unbedeutlich auf dem Schiff empfunden hatte, nur war damals Bender das Vorbild gewesen.

Sie hatte jetzt viel Zeit zum Grübeln. Sie lag stundenlang auf der Chaiselongue und träumte und lehnte sich nach irgend etwas. Das heiße Wetter machte sie schlaff und mühslos, aber ihr Blut war wie im Fieber, und ihre Wünsche wurden um so ungezügelter, je unruhiger sie war.

Des Abends nach dem Essen gingen sie oft beide zusammen aus und kreuzten durch die Straßen oder setzten sich wie ein Liebespaar in irgend ein Anlage. Dann ließ sie ihn erzählen und phantastieren. Sie hörte den fassenden Ton in seiner Stimme, sie fühlte, daß er selbst das alles nicht glaubte, und doch endete es immer damit, daß sie sich einfließen ließ von seinen Worten, von seiner Liebe, und war für diesen Abend war alles gut. Aber am nächsten Morgen war sie wieder allein mit ihren Gedanken, die sie umherjagten durch ihre Wohnung wie durch einen Käfig, bis sie des Zappels müde sich niederlegte.

Es war spät nachmittags. Martha sah an dem niedrigen Fenster ihres Schlafzimmers und schaute den schmalen himmelhohen Luftschacht hinauf, durch den von dem blauen Streifen da oben ein so kümmerliches Licht in die vielen Wohnungen fiel. Unten ging es hinunter bis in die Kellermohlung, in der der Negier Williams kaufte und die Dampfmaschine bediente.

Der ganze Kellerhof lag voll Papier und Schmutz, denn die Leute warfen einfach alles, was sie los sein wollten, hinunter. Aber wenn es zu klammern wurde, dann schimpfte Williams in einem greulichen Regierenglisch nach oben, und die Katzen — er hielt deren eine Legion — standen um ihn herum und miauten. Da unten war es gewiß schmutzig, aber der Blick nach oben war noch trostlicher. Die eisernen Brücken, die die Wohnungen verbanden, waren bedeckt mit unbrauchbarem, zerbrochenem Gerümpel, schmutzige Wappen und Windeln hingen aus den Fenstern und auf Leinen. Alles sah grau, trostlos grau aus, und selbst das höchste Himmel, das man oben sah, hatte eigentlich keine Farbe.

Jetzt begann drüben ein durchdringendes Kindergeschrei, und Martha trat vom Fenster zurück. Frau Joseph war zurückgekehrt und begann auf ihre Kinder loszuschlagen und sie auszuschimpfen.

Diese polnische Nidin war ein schreckliches Weib. Sie lebte schon zehn Jahre in Newport ohne ein einziges Wort Englisch zu verstehen. Jedes Jahr hatte sie ein Kind geboren, und diese Kinder wuchsen in trostloser Verwahrlosung auf. Der Vater war arm und geizig, und die beschränkte Mutter, die nie den Schmutz und das Elend ihrer gallischen Heimat losgeworden war, tobte in ihrer Wohnung herum, warf sich auf die Kinder, prügelte sie und wünschte ihnen Pest und Auszug auf den Leib. Und die Kinder wurden bei dieser Erziehung die verdorbensten Straßenrangen. Sie trieben sich tags- und nachtslang umher, sie kahlen und rannten. Eine Tochter war sogar Prostituierte geworden. Wenn der Vater, sonst ein gutmütiger Mensch, abends nach Hause kam, sagte ihm die Frau solange die Ohren voll, bis er auch in

Wut geriet und die Kinder noch einmal aus den Betten herausholte, um sie mit einem Riemen oder einem Stod zu zerschlagen. Martha schloß das Fenster und ging nach vorne, denn sie konnte das Geschrei nicht ertragen. Sie hatte auch einen Abscheu vor dieser fettigen, schmutzigen Frau, mit dem groben Gesicht und den unordentlichen Haaren. Sie wollte etwas lesen, aber dann kloppte es, und Frau Wels kam mit ihren schlurfenden Schritten herein.

„Sind Sie allein, Missis Wittkamp?“ fragte sie, indem sie einen lauernden Blick auf das Buch warf, das Martha in der Hand hatte. „Hören Sie das Geschrei?“ Missis Joseph haut wieder ihre Kinder.“

„Ja, man sollte es wirklich der Polizei anzeigen.“

„Natürlich sollte man das!“ antwortete Frau Wels. „Aber was hilft das? Das sind ja keine Menschen, die hier wohnen, das sind Tiere. Ja, wer mit das alte Mädchen gesagt hätte, daß ich noch mal in einem solchen Hause wohnen würde.“

Martha wußte, daß sie jetzt wieder von ihren reichen Eltern und ihrer glücklichen Jugend erzählen würde. Das war ihr Lieblingsgespräch, darauf kam sie immer wieder zurück.

„Sie haben es ja doch nicht so schlimm“, meinte Martha, um sie abzulenken. „Sie haben Ihren Mann, der verdient doch schönes Geld.“

„Ach, mein Mann — deswegen bin ich ja heute eigentlich gekommen. Wissen Sie, er ist diese Nacht überhaupt nicht nach Hause gekommen!“

„Wie? Ueberhaupt nicht nach Hause, auch heute morgen nicht?“

„Heute abend wird er schon kommen!“ antwortete Frau Wels, und die Tränen traten ihr in die Augen. „Ich habe ja den ganzen Morgen unten gesessen und geweint.“

„Ja, aber wo war er denn?“

„Ach, wo wird er gewesen sein? — Sehn Sie, ich spar mir jeden Cent vom Munde ab, und er verspielt es und vertritt es mit Frauenzimmern.“

„Über das wird doch wohl nicht so sein!“ sagte Martha ganz bestürzt, denn sie konnte Wels gut leiden. „Er spielt vielleicht etwas Karten.“

„Ach, Sie kennen ihn nicht. Er ist so ein feiner Mensch, und Sie hätten ihn erst sehen sollen, wie ich ihn geheiratet habe. Aber er hat mich damals schon betrogen, und er betrügt mich immer noch.“

Sie meinte jetzt so heftig, daß Martha ihren ganzen Widerwillen gegen sie verlor und sie bei den Händen faßte, um sie zu beruhigen.

(Fortsetzung folgt.)

erweit, sie möchte zu volkreundlich sein, so möge er seine Ohnmacht eingestehen, und damit vor aller Welt beweisen, daß er nicht der starke Mann ist, als den er sich hinzustellen beliebt. Bapen kann schon jetzt, auch wenn die Sondergerichte nunmehr in Fortfall kommen, den kaurigen Ruhmestitel für sich in Anspruch nehmen, der reaktionärste Landesteil der deutschen Republik zu sein!

Nicht mit der Volkspartei!

Soweit bisher die Auffassung der Parteigenossen im Reich zum Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung bekannt geworden ist, läßt sich feststellen, daß die Genossen eingebend des Erstes der Lage mit erfreulicher Einstimmigkeit den entschlossenen Schritt der Reichstagsfraktion gebilligt haben. Alle Entschlüsse, die zu dieser Frage bisher gefaßt worden sind, sind in zunehmendem Maße gehalten. Die Parteigenossen im Reich würdigen übereinstimmend das gewaltige Opfer, das die sozialdemokratische Partei durch die Uebernahme der ungeheuren Verantwortung gebracht hat, und sie erklären sich überall bereit, die Partei in ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen. Mit gleicher Entschiedenheit macht sich jedoch die Forderung geltend, die gegenwärtige Koalition nicht nach rechts zu erweitern. Die Parteigenossen im Lande weisen völlig zutreffend darauf hin, daß es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein kann, einer Partei die Steigbügel zu halten, die durch ihre von nacktem Egoismus diktierte Haltung die gegenwärtige Regierungskonstellation erzwingen hat. Der Eindruck, den der Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in das Reichskabinett im Ausland hervorgerufen hätte, wäre der denkbar schlechteste; man könnte mit vollem Recht kein Verständnis dafür aufbringen, daß eine Partei, die die Annahme der Ententebedingungen verweigert hat, nunmehr ehrlich bestrebt sein werde, die Forderungen nach besten Kräften zu erfüllen. Wir gehen in der Annahme nicht fehl, daß die Reichstagsfraktion sich mit dieser Anschauung der Parteigenossen im Lande in ihrer großen Mehrheit in Uebereinstimmung befindet.

Aus der Partei.

Ein Fünfzigjähriger. Am 14. Mai konnte unser Braunschweiger Bruderblatt, der „Volkfreund“, sein fünfzigjähriges Bestehen feiern. Aus diesem Grunde erschien das Blatt in einem feierlichen Gewande. Alle Parteigenossen, darunter auch Genosse D. Friedrich, haben an diesem Tage in den Spalten „ihres“ Blattes Erinnerungen erscheinen lassen, die nicht nur für die Braunschweiger, sondern für die ganze Parteibewegung von Interesse sind. Es ist nicht möglich, hier auch nur einen Teil alles dessen wiederzugeben, was das Blatt in den Stürmen der Zeit und insbesondere seit der Zeit der ungeligen Spaltung der Arbeiterbewegung durchzumachen hatte. In diesen Stürmen und Kämpfen zum Trotz hat es sich nicht nur behauptet, sondern seine Abonnentenzahl und damit seinen Einfluß stets erweitert. Am 15. Mai 1871 wurde der „Volkfreund“ in einer Volksversammlung gegründet. Wie heute das französische, so lebte damals das deutsche Bürgertum in einem Siegestrausch und die große Masse des Volkes stand den sozialistischen Ideen indifferent gegenüber. Dazu kam die Uneinigkeit der Arbeiterbewegung, die heftigen Kämpfe zwischen „Eisenachern“ und „Lassalleanern“. Aber trotzdem wurde die Tat vollbracht und bis zum Sozialistenaufstand konnte der „Volkfreund“ wirken. Damals aber fiel er sofort als erster im Braunschweiger dem Schandgeheul zum Opfer. Aber es war möglich für ihn, das „Braunschweiger Unterhaltungsblatt“ erscheinen zu lassen, das wöchentlich erschien und schwer um sein Leben zu kämpfen hatte. Nach dem Fall des Sozialistenaufstandes erschien der „Volkfreund“ sofort wieder auf der Bildfläche und hatte mehr als 8000 Abonnenten. Im Jahre 1897 ging der Verlag in Parteieigentum über. Im Jahre 1913 wurde dann das eigene Heim für den „Volkfreund“ zu bauen begonnen. Im März 1914 konnte es bereits bezogen werden. — Das Geschäft wird heute vom Genossen Kampf geleitet, während die Genossen Haupt und Dominik die Redaktion führen. — All den Genossen, die in Jahrzehntelanger, unermüdlicher Arbeit für dieses stolze Werk gearbeitet und geopfert haben, wird die deutsche Arbeiterbewegung ihren Dank wissen. Dem Jubilar wünschen wir zu seinem Geburtstag noch manches halbe Jahrhundert zu seinem ersten.

Gewerkschaftsbewegung.

Darf ein Arbeitgeber seine Arbeiter mit ihrer Zustimmung länger als 8 Stunden täglich beschäftigen? Wie widersprechend die Auslegungen der Gerichte in der Frage des Achtstundentages sind, davon zeugen folgende zwei sich entgegengesetzte Urteile.

Sechs Bierfahrer zweier Braunschweiger Brauereien hatten, wie das „Korrespondenzblatt“ schreibt, bei ihren Fahrten zu der ländlichen Rundfahrt häufig, und zwar bei eintägigen Fahrten fast regelmäßig länger als acht Stunden am Tage gearbeitet, und zwar aus freien Stücken. Sie sollen hierdurch gegen die Anordnung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 verstoßen haben, nach der die regelmäßige tägliche Arbeitszeit solcher Arbeiter ausschließlich der Pausen,

die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten darf. Das Landgericht Braunschweig hat die sechs Bierfahrer zu je 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auf ihre Revision sind aber die Angeklagten vom Reichsgericht freigesprochen worden. In seinen Entscheidungsgründen führt das Reichsgericht zunächst aus, daß die fragliche Verordnung rechtswirksam ist. Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Angeklagten unter die in der Anordnung erwähnten Arbeiter fallen und daß sie sich objektiv gegen die Strafbestimmung der Anordnung verhalten haben. Es fragt sich jedoch, so heißt es dann weiter, ob die Angeklagten für einen derartigen Verstoß überhaupt verantwortlich gemacht werden können, mit anderen Worten, ob die Verordnung mit ihren Strafbestimmungen nicht allein auf den Arbeitgeber, sondern ebenso auf den Arbeitnehmer, der sich an den sogenannten Achtstundentag nicht hält, anwendbar ist. Das ist aber zu verneinen. Das Reichsgericht folgt aus verschiedenen Umständen, daß nur der Arbeitgeber als der Verantwortliche angesehen werden kann.

Wollte entgegengelehrt entschied das Oberlandesgericht Königsberg. Ein Arbeitgeber in einem größeren Mühlenbetrieb Ostpreußens hat seine Arbeiter mit ihren Willen längere Zeit hindurch mehr als 8 Stunden arbeiten lassen, war deshalb wegen Zuwiderhandlung gegen die Reichsverordnung vom 23. November/17. Dezember 1918 unter Anklage gestellt und vom Landgericht mit der Begründung freigesprochen worden, wenn die Arbeiter selbst durch freiwillige Uebernahme längerer Arbeit auf den Schutz vor Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, wie ihn die Reichsverordnung gewährt, verzichten, so sei ein solcher Tatbestand nicht strafbar. Auf die Revision des Staatsanwalts hat das Oberlandesgericht in Königsberg das Urteil aufgehoben und die Strafbarkeit des Arbeitgebers aus folgenden Gründen bejaht: Freilich kann der Revision nicht zugegeben werden, daß die Reichsverordnung trotz ihres Erlasses durch das Demobilisierungsamt beabsichtigt, eine übermäßige Arbeitslosigkeit beim Zurücktreten der Kriegsteilnehmer zu verhüten; vielmehr stellt sie in erster Linie als Folge der Revolution die Verwirklichung einer alten Arbeiterforderung, der des achtstündigen Arbeitstages, sicher und bezweckt nach Wortlaut, Zweck und Entstehungsgeschichte den Schutz der Arbeiter gegen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Es handelt sich demnach um eine soziale Schutzvorschrift. Eine solche ist, soweit sie nicht aus ihr selbst etwas anderes ergibt, grundsätzlich zwingenden Rechtes, auch für die dabei in Betracht kommenden Arbeiter. Sie sollen nicht nur von einer Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch ihren Arbeitgeber geschützt werden, sondern in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit auch vor einer Ausbeutung durch sich selbst. So kann zweifellos der Arbeitgeber von der Beobachtung der Schutzvorschriften des Kinderzuschulgesetzes, der Gewerbeordnung, der Unfallversicherungs- und Arbeitsvermittlungsgesetze, der Unfallversicherungs- und Arbeitsvermittlungsgesetze auch nicht durch die Zustimmung der beteiligten Arbeitnehmer oder ihrer gesetzlichen Vertreter befreit werden, und ganz dasselbe muß für die Bestimmungen der hier fraglichen Reichsverordnung gelten. Soweit sie nicht selbst Ausnahmen vorsieht. Die Richtigkeit dieses Standpunktes ergibt sich daraus, daß die Reichsverordnung in bestimmten Fällen bei Zustimmung der Arbeiter oder des Arbeitsausführes, unter Umständen auch der staatlichen Aufsichtsbehörde, Ausnahmen zuläßt. Bedenken gegen die Gültigkeit der Verordnung bestehen nicht. Strafbar ist bei ihrer Nichtbeachtung nicht der Arbeitnehmer, der freiwillig Ueberstunden leistet, sondern der Arbeitgeber. — Nebenfalls trägt das letzte Urteil dem sozialen Empfinden und dem eigentlichen Zweck der Verordnung über den Achtstundentag eher Rechnung, als das Urteil des Reichsgerichts.

Aus aller Welt.

Eine verhängnisvolle Geburtstagsfeier. Einen traurigen Verlauf nahm eine Geburtstagsfeier in der Webersstraße in Berlin. Der Schneidermeister Fuchs betrank sich im Verlauf der Feier zum Geburtstag seiner Frau so schwer, daß er zuletzt seiner Sinne nicht mehr mächtig war. In diesem Zustande geriet er mit seiner Frau in Streit, ergriff ein Küchenmesser und stach blindlings auf sie und den Sohn, der seiner Mutter zur Hilfe sprang, ein. Mutter und Sohn erlitten mehrere Stichwunden, die sich jedoch später als nicht gefährlich erwiesen. Fuchs verletzte sich selbst am rechten Unterschenkel so schwer, daß er nach dem Krankenhause gebracht werden mußte. Hier ergab sich, daß die Schlagader durchschnitten war. Er starb bald daran an Verblutung.

Eine sehr indiskrete Frage. In dem nationallistisch-antifeminitischen „Hammer“ vom 1. Mai wird öffentlich folgende Frage aufgeworfen: „War die Schauspielerin Anna Bieder, Mutter des sozialdemokratischen Abg. Louis Bieder, Jüdin?“ — Erscheint den Kaiserleuten des „Hammer“ diese Frage interessant, — so sollten sie weiterhin auch nicht verfehlen, ihren Gläubigen mitzuteilen, daß der Sohn jener Anna Bieder, Louis Bieder, der eine Zeitlang deutscher sozialdemokratischer Abgeordneter gewesen, auch ein Sohn des Kaisers Wilhelm I. war. Insofern nämlich, als dieser Monarch mit belagertem Schauspielerin... (wie sag' ich's meinem Kinde?)... na ja, eben zur In-die-Weltgebung jenes späteren Sozialdemokraten sich außerordentlich verband! — Und nun werfen Deutschpöhlische eine solche Frage auf!!! Der Hohenzollernische Geldkammer und — eine Jüdin? Wir sehen alle monarchistischen Ideale modern!

Was kostet eine Wahlstimme? Das Reichswahlgesetz stellt den einzelnen Parteien einen Zuschuß zu den Kosten der Stimmzettel in Aussicht. Die Reichsregierung hat jetzt die Höhe dieses Beitrages für die letzte Reichstagswahl auf 15 Pfennig für jede gültige Stimme festgesetzt. Man hat berechnet, daß eine Partei 8 bis 10 Zettel verteilen muß, um eine gültige Stimme zu erhalten. Dazu kommen noch die Kosten für Verendung und Verteilung der Stimmzettel. Die einzelnen Parteien erhalten auf Grund dieser Berechnung: Mehrheitssozialisten 840 000 Mk., Un-

abhängige 785 000 Mk., Deutschnationale 555 000 Mk., Deutsche Volkspartei 640 000 Mk., Zentrum 525 000 Mk., Demokraten 830 000 Mk., Bayerische Volkspartei 177 000 Mk., insgesamt 3 702 000 Mk.

Ein Seminarist als Räuberhauptmann. Im Dorfe Tringenstein bei Siegen wurde der Führer einer Räuberbande verhaftet, die seit Monaten im Dillkreis und im Westfalen die Einbrüche, Beraubungen und Brandstiftungen ausgeführt hat. Es handelt sich, wie die Siegener Zeitung meldet, um einen früheren Seminaristen Emil Grab, der mit mehreren anderen Kletterkünstlern im Besonderen die Scheune eines Landwirts in Brand zu stecken, um während des Feuers die Gemeindefasse auszurauben.

Wind- und Wasserhose. Eine verheerende Wind- und Wasserhose hat am 10. Mai die Gegend von Hildesheim in Westfalen heimgesucht. Nach einem kurzen Donnersturm schloß sie, wie die „Berghische Volkszeitung“ schreibt, empör beschädigt an den Nahrungsmittelwerken das Dach und stürzte sich, Dackpappe, Steine und Sand mit sich schleppend, über die Wupper auf Hartlosbener zu. Kaum einige Dutzend Meter breit, zog die Kieselstauwehr zwischen zwei Häusern her, wühlte hier ein Hausdach in die Höhe, warf einen Fabrikstein um, zerbrach ungezählte Fensterscheiben und eilte den Berg hinan nach Großberghausen. Als Riesenschmuckkäule, in der Hiegelsteine, halbmeter dicke Bäume, Strohecken und Schieferplatten herumwirbelte, eilte das drohende Ungeheuer auf Grobberghausen zu, einen weiten Streifen Landes blühter sich lassend. Wie hoch sich der durch das Naturereignis verursachte Schaden beläuft, ist noch nicht festgestellt. Glücklicherweise ist dem talenden Element kein Menschenleben zum Opfer gefallen.

Dreifacher Mord und Erschmord. In der Gemeinde Feldkirch bei Freiburg hat die 43jährige Verta Breit die drei Kinder ihres Bruders mit dem Beil erschlagen und sich dann erhängt. Die Tat wurde in einem Anfall von Geistesgestörtheit begangen.

Buntes Allerlei.

Der Knabengeburtstag in Japan.

In Japan gibt es einen Festtag, wie ihn ähnlich wohl kein anderes Land der Erde aufweist. Alljährlich am 3. Mai wird nämlich der Geburtstag aller japanischen Knaben gefeiert. Es ist also in Japan nicht, wie bei uns, der Brauch, den Geburtstag jedes einzelnen Knaben eigens zu begehen, sondern der 3. Mai gilt vielmehr als gemeinsamer Geburtstag aller männlichen Wesen. Auch das Alter der Männer wird nach dem 3. Mai, nicht nach dem wirklichen Tag ihrer Geburt berechnet; nur das Jahr der Geburt wird natürlich nach dem eigentlichen Geburtsdatum bestimmt. Der gemeinsame Knabengeburtstag wird selbstverständlich immer sehr festlich begangen, wobei, nach einem Bericht Bergers, ein Hauptvergnügen das Steigenlassen riesiger bunter Papierdrachen bildet, an die man oft noch kleine Laternen und Neolsharfen befestigt, so daß sie leuchtend oder unter leisem Klingeln durch die Luft fliegen. Um zu zeigen, mit wieviel Knaben jedes einzelne Haus gefeiert ist, werden am gemeinsamen Knabengeburtstag jeweils sozial Papierfahnen, wie Knaben in der Familie sind, vor die Häuser gehängt, und je mehr solcher mächtiger Fahnen, die in der Regel die Form von Fischen haben, vor einem Haus in der Luft flattern, um so stolzer ist natürlich die betreffende Familie, während ein Haus ohne jeden Fahnenstamm gewöhnlich nur mit Mitleid betrachtet wird.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 18. Mai.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
	18. Mai.	17. Mai.	
Holland	100 fl.	2100.—	2117.50
Kopenhagen	100 Kr.	1065.—	1060.—
Stockholm	100 Kr.	1387.50	1385.—
Kristiania	100 Kr.	940.—	950.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.—	128.—
Schweiz	100 Frs.	1682.50	1685.—
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	16.—	14.25
Budapest	100 K.	29.—	28.50
Prag	100 K.	87.25	86.75
Spanien	100 Pesetas	800.—	770.—
London	1 £	234.25	233.75
Paris	100 Frs.	498.—	502.—
Belgien	100 Frs.	498.—	502.—
italien	100 Lire	327.—	325.—
Bukarest	100 Lei.	104.—	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	58.02	58.25
do. briefl. Ausz. od. Scheck		58.37	58.12

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 18. Mai 1921.

Dampfer	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Tag	St.
D.	Delphin	Wienke	Rolding	1		
D.	Westfalia	Klappenburg	Rolding	1		
D.	Urcula	Teggel	Helsingborg	2 1/2		
Angekommen am 19. Mai 1921.						
D.	Reiter	Struß	Königsberg	5		
S.	R. W. 6	Stahl	Königsberg	5		
S.	R. S. 37	Köhler	Königsberg	5		
S.	Gesina	Weitmann	Helsingborg	5		
D.	Helm	Kahmussen	Kopenhagen	1		
D.	Espreß	Davidson	Korsör	1		14

Bekanntmachung.

Das Reichsmonopolamt für Branntwein hat wegen des überhandnehmenden Betriebes von Geheimbrennereien, sowie wegen des Schmutzels und der Entgällung von Branntwein größere Beträge bereitgestellt, die solchen Personen als Belohnungen gewährt werden, welche derartige Vergehen aufgedeckt oder durch ihre Angaben die Aufdeckung ermöglicht haben.

Zweckdienliche Anzeigen sind an das Hauptzollamt hier zu richten. (2050)

Lübeck, den 17. Mai 1921.

Hauptzollamt.

Chorverein Lübeck
Mitgliedschaft des deutschen Arb.-Sängerbundes.
(Frauen- und Männerchor).

Suchen zu sofort einen tüchtigen energischen

Dirigenten.

Bewerbungen mit Angabe des Instruments und Gehaltsansprüche sind zu richten an

Emil Rose, Jacobstraße 1.

2043)

Wer sicher sein will,



die echten **MAGGI'S** Fleischbrühwürfel zu erhalten, achte beim Einkauf auf den Namen **MAGGI** und die rotgelbe Packung. Andere Würfel stammen nicht von **MAGGI**.

Noch einige Exemplare der diesjährigen

Wolff's Zeitungs

vorrätig.

Preis Mark 1,00.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Achtung! Nur Markthalle.
Eine neue Sendung von den beliebtesten **Dänischen Schweinsköpfen** mit voller Fettsacke ist eingetroffen. **Pfund Mk. 6.50.** (2058)

Verkauf Freitag und Sonnabend.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H. (2046)

Wieder eingetroffen:

1 Ladung Speck

fett und mager
ausgezeichnete Qualität.

Gesähen Pfund Mk. 9.50
Geräuchert " " 11.—